



Nr. 2 des Grossen Gemeinderates (GGR)

Datum/Zeit	Donnerstag, 20. Mai 2010 von 18.00 - 22.45 Uhr	
Ort	Im TELL-Saal, Bernstrasse 101	
Vorsitzende	Müller Lucia (SVP)	1
Stimmzähler	Rüfli Roland (FORUM), Schär Roger (parteilos)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose:</i> Burkhalter Hans-Rudolf, Dogan Aziz, Hirt Bruno, Kehrli Rudolf, Mahler Rudolf (<i>ab 18.15 Uhr</i>), Nova Colette, Riesen Norbert, Schärer Liliane, Wiedmer Rudolf, Zeyer Christian	10
	<i>SVP:</i> Blaser Erich, Hausammann Hans-Rudolf, Hirsiger Ernst, Landolf Marianne, Weber Beat, Wegmüller Nadine, Wegmüller Thomas, Zaugg Gerhard	8
	<i>EVP:</i> Bolliger Renate, Schröter Bruno, Wagner Peter, Wagner Rahel	4
	<i>FORUM:</i> Bendoza Thomas, Bruderer Walter, Schenk Madeleine	3
	<i>FDP:</i> Gfeller Heinz (FDP), Wegmann Peter, Werner Michael	3
	<i>CVP:</i> Löhner Sandra, Rippstein Eduard	2
	<i>Total anwesend</i>	<u>33</u>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i> Zahler Christian (Gemeindepräsident), Ernst Synes, Iten Thomas, Julmi Egon, Lüthy Ursula, Norton Boss Ursula, Panayides Aliko Maria, Rüedi Urs, Unteregger Schütz Regula sowie Meyer Marianne, Gemeindeschreiberin	
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär	
Entschuldigt Abwesend	<i>GGR-Mitglieder:</i> Biner Jacques (SP), Gerber Philippe (EVP), Mantarro Alessandra (FORUM), Scheidegger Jürg-Sven (SP), Truog Markus (SVP)	
Unentschuldigt Abwesend	<i>GGR-Mitglieder:</i> Jost Therese (SP), Rettore Mirjam (FDP)	

Traktanden

15. Protokoll der 1. Sitzung vom 25. März 2010; Genehmigung	5
16. Kinder- und Jugendkommission; Ersatzwahl.....	6
21. Feuerwehr: Beschaffung einer gemeindeeigenen Autodrehleiter (ADL); Kreditantrag.....	7
17. Verwaltungsbericht 2009; Genehmigung	20
18. Gemeinderechnung 2009; Genehmigung	27
19. Schule: Umsetzung Lehrplanteil Informatik (ICT); Kreditabrechnung.....	33
20. Wegmühlegässli/Wiesenstrasse: Ersatz der Wasserleitungen - Kreditabrechnung	35
22. Überparteiliche Motion für eine effizientere Behandlung von parlamentarischen Vorstössen; Begründung.....	36
23. Motion FORUM-Fraktion betreffend Abweisung von Transitverkehr durch Ostermundigen sowie Temporeduktion zwischen "COOP Rütieweg und Rörswil"; Begründung	38
24. Motion EVP-Fraktion betreffend Vermietung des Tellsaals an die Business Academy Corp. und Erstellung von Vermietungskriterien; Begründung	42
25. Überparteiliche Motion betreffend Weiterführung des Restaurants TELL; Begründung	47
26. Überparteiliche Interpellation betreffend Tellsaal und Restaurant; Beantwortung.....	51
27. Interpellation W. Bruderer (FORUM) betreffend künftige Abfuhr von Altpapier/- Karton; Beantwortung	54
28. Verwaltungszentrum; Stand des Geschäftes - Orientierung des Gemeinderates.....	56

GROSSER GEMEINDERAT OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Lucia Müller

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär

Ratspräsidentin: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen willkommen.

Ich möchte starten mit einem Zitat von Herrn Bertram. Das Zitat soll gleichzeitig das Motto des heutigen Abends sein:

„Wird die Welt zu realistisch, so reagiere humoristisch.“

Ich habe eine Sanduhr mit einer dreiminütigen Laufzeit mitgenommen. Ich bitte sämtliche Sprecherinnen und Sprecher sich möglichst an diese Zeitvorgabe zu halten.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Heute Abend sind 32 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen der Ratspräsidentin

1. Frau Sandra Löhner (CVP) nimmt heute Abend erstmals an der Parlamentsitzung teil. Sie ersetzt per 1.4.2010 Frau Monika Weibel.
2. Gestützt auf Artikel 33 der GO des GGR nimmt zu Traktandum Nr. 18 (Gemeinderechnung 2009) der Finanzverwalter, Herr Stefan Lanz, an der heutigen Sitzung teil.
3. Auf den Ratstischen liegen die folgenden Unterlagen auf:
 - ① Traktandum Nr. 22: Überparteiliche Motion betreffend effizientere Behandlung von parlamentarischen Vorstössen - Antrag des Gemeinderates
 - ① Flyer: Tram Region Bern: Neue Tramlinien in der Region Bern
 - ① KITA „Hummelinäscht“: Einladung zum Jubiläumsapéro am 16. Juni 2010
4. Der diesjährige Ratsausflug findet nach den Sommerferien statt. Das Datum und das Programm werden zu gegebener Zeit bekannt gegeben.
5. Die nächste ordentliche Sitzung findet am 1. Juli 2010 statt.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 28: „Orientierung des Gemeinderates“

- Neues Verwaltungszentrum; Stand des Geschäftes (Sprecher: Ch. Zahler)

Ordnungsantrag

Thomas Wegmüller (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Ordnungsantrag, das Geschäft Nr. 21 (Autodrehleiter) vorzuziehen und nach der Protokollgenehmigung resp. der Ersatzwahl für die Kinder- und Jugendkommission zu beraten.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 11 zu 10 Stimmen gutgeheissen.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

100.3 Protokollgenehmigung

15. Protokoll der 1. Sitzung vom 25. März 2010; Genehmigung

Ratspräsidentin: Das neue Outfit des Protokolls gefällt!

Zum Protokollinhalt liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 1. Sitzung des GGR vom 25. März 2010 wird unter Verdankung an den Ratssekretär genehmigt.

10.6.26 Kinder- und Jugendkommission

16. Kinder- und Jugendkommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin: Auf Vorschlag der FORUM-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Marco Blindenbacher (FORUM) wird Matthias Althaus (FORUM), Rütliweg 69, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Juni 2010 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Kinder- und Jugendkommission gewählt.

54.4.02 Geräte und Fahrzeuge

21. Feuerwehr: Beschaffung einer gemeindeeigenen Autodrehleiter (ADL); Kreditantrag

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Bruderer Walter (FORUM): Der Auftrag jeder Feuerwehr ist es, möglichst rasch Personen und Tiere zu retten und Brände zu bekämpfen. Wie dies am besten geschieht, hat unser Erachtens der Feuerwehrkommandant zu entscheiden. Wir könnten ihn allenfalls via Gemeinderat beauftragen, dem Parlament vorzuschlagen, wie er inskünftig mit weniger Geld auskommen wird. Wir würden ihm zwar einige Empfehlungen abgeben, aber sicher nicht, er müsse mit der Rettung und Brandbekämpfung zuwarten, bis eine Autodrehleiter aus Bern im grösser werdenden Ostermundigen eintrifft.

Wir sind nicht überzeugt, dass die Berner Autodrehleiter immer innerhalb von 10 Minuten in Ostermundigen am Brandplatz einsatzbereit und primär immer für Einsätze in Ostermundigen verfügbar wäre. Wir sind jedenfalls nicht bereit, solche Garantien bekannt zu geben.

Für uns ist unverständlich, dass die Gebäudeversicherung eine Autodrehleiter im Osten von Bern finanziell nicht unterstützt. Selbstverständlich kann der Gemeinderat das Geschäft heute zurückziehen und zusammen mit dem Feuerwehrkommandanten neue Entscheidungsunterlagen ausarbeiten.

Wir vom FORUM unterstützen die Beschaffung einer neuen Autodrehleiter.

Schär Roger (parteilos): Ich möchte euch zu Beginn ein Zitat des Feuerwehrkommandanten der Berufsfeuerwehr Bern, Herr Franz Bachmann, vorlesen:

"Schon heute kann die Feuerwehr nicht innerhalb von zehn Minuten vor Ort sein: Die Ausrückzeit für den Westen von Bern beläuft sich auf zwölf Minuten sagt Bachmann.

Zur Rettung von Menschen zähle aber jede Minute. Sie entscheiden laut Bachmann über Leben oder Tod, aber insbesondere über das Ausmass von gesundheitlichen Langzeitfolgen.

Bei Bränden bedeuteten fünf Minuten Verzug im schlimmsten Fall die vierfache Schadenssumme."

Diese Aussagen vom Feuerwehrprofi Franz Bachmann sind mir unter die Haut gefahren. Vor neun Jahren war ich selber Augenzeuge und musste hilflos zuschauen, wie mein Sohn bei einem Rechaudunfall wie eine Fackel brannte. Jede Minute, bis die Rettungskräfte vor Ort waren, kam mir vor wie ein Stück Ewigkeit. Erst die Rettungskräfte hatten festgestellt, dass mein Sohn zusätzlich Feuer geschluckt und deshalb keinen Sauerstoff mehr bekommen hat. Nur Dank einer rechtzeitig eingeleiteten Beatmung konnte mein Sohn vor dem Tode bewahrt werden.

Durch dieses Erlebnis verstehe ich heute, dass jede Minute bis zum Eintreffen der Rettungskräfte über Leben und Tod entscheiden kann. Wollen wir die Kosten einer neuen Autodrehleiter vor die Sicherheit stellen? Hand aufs Herz: Schliessen Sie im Privatleben auch erst eine Versicherung ab, wenn schon etwas Schlimmes passiert ist?

Der Feuerwehrkommandant der Berufsfeuerwehr Bern sichert uns schriftlich eine jederzeitige Einsatzzeit von 10 Minuten zu. Wie konnte es dazu kommen, dass unsere Autodrehleiter erst kürzlich von der Berufsfeuerwehr Bern für zwei Einsätze (am 31.7.2009 im Wittigkofen und am 27.11.2009 beim Brand des Schulhauses Lorraine) angefordert wurde?

Ich möchte euch Parlamentsmitgliedern zu bedenken geben, dass wir uns nach einer zwei-einhalbjährigen Testphase wiederum für eine Autodrehleiter entscheiden werden. Dann werden die heute gut ausgebildeten Spezialisten nicht mehr in der Feuerwehr anwesend sein. Die Spezialisten gehören nicht zum Lieferumfang einer neuen Autodrehleiter.

Besten Dank für eure Unterstützung bei der Anschaffung einer neuen Autodrehleiter.

¹⁾

Bolliger Renate (EVP): Wir haben im letzten Herbst ausführlich über die Autodrehleiter diskutiert. Ich werde jetzt nicht alle Argumente dafür und dagegen wiederholen. Diese werden ebenfalls in den Unterlagen ausführlich dargelegt. Der Kernpunkt der letzten Diskussion war die Sicherheit. Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir wieder Argumente für und gegen eine Autodrehleiter. Die Argumente haben sich jedoch nicht wesentlich geändert. Die Feuerwehr ist nach wie vor der Meinung, dass es eine Autodrehleiter für die Sicherheit braucht. Der Gemeinderat hat Argumente geliefert, welche zum Schluss führen, dass für die nächsten zwei Jahre ein Vertrag mit der Berufsfeuerwehr der Stadt Bern gemacht werden soll.

Niemand kann mit Beweismitteln darlegen, dass er Recht hat. Der Beweis ist im Moment nicht erbracht, dass die Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr klappt oder nicht klappt. Dies scheint eine Glaubensfrage zu sein. Der Gemeinderat glaubt, dass die Lösung mit der Berufsfeuerwehr Bern genug sicher ist. Die Feuerwehr Ostermundigen will lieber auf eigene Sicherheit bauen.

Auch in der EVP sind nicht alle der gleichen Meinung. Die Mehrheit der Fraktion denkt, dass es sinnvoll ist, für zwei Jahre einen Vertrag mit der Berufsfeuerwehr abzuschliessen und dann zu beurteilen, wie sich die Zusammenarbeit gestaltete. Die umliegenden Gemeinden haben gute Erfahrungen mit der Berufsfeuerwehr Bern gemacht, so können wir davon ausgehen, dass es bei uns auch klappt. Sollte sich zeigen, dass die Erfahrungen schlecht sind, so kann auch zu einem späteren Zeitpunkt eine neue Autodrehleiter gekauft werden.

Die Mehrheit der EVP wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen und auf die Beschaffung einer gemeindeeigenen Autodrehleiter für die Feuerwehr verzichten.

Zaugg Gerhard (SVP): Die SVP-Fraktion befürwortet vollumfänglich die Anschaffung einer neuen Autodrehleiter. Der Sicherheitsnutzen ist für sämtliche Bewohnerinnen und Bewohner von Ostermundigen gegeben. Die Gebäudeversicherung Bern bewertet die Gemeinde Ostermundigen in der Feuerwehrstufe "C", d. h. hinter der Berufsfeuerwehr auf der dritthöchsten Stufe. Alle Stufen-C-Gemeinden im Kanton Bern (mit Ausnahme von Saanen) verfügen über eine eigene Autodrehleiter.

Das die Feuerwehr Ostermundigen im Normalfall mit der Autodrehleiter ausrückt, rechtfertigt sich aufgrund der Stellungnahme des Feuerwehrkommandanten, Rolf Weber. Daraus geht hervor, dass in den letzten Jahren in 30 Fällen pro Jahr das Mitführen der Autodrehleiter als

¹⁾ ab 18.15 Uhr R. Mahler (SP) nimmt an Sitzung teil. Somit sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

Ersteinsatzmittel unabdingbar gewesen war. Weiter ist nicht ausser Acht zu lassen, dass die Einsatzzeit der Berufsfeuerwehr Bern ab Standort "Forsthaus" in die Rüti Ostermundigen in neun Minuten illusorisch ist. Ein Verkehrsunfall auf dem Felsenauviadukt genügt bereits und die Berufsfeuerwehr Bern kann nicht mehr uneingeschränkt zum Schadenplatz ausrücken.

Der Baustruktur in Ostermundigen ist grosse Beachtung zu schenken. In Ostermundigen gibt es zahlreiche Gebäude, welche mehr als drei Etagen hoch sind (z. B. das Verwaltungsgebäude, Poststrasse, Europahaus, Intersport, Altersheim Wiesenstrasse 10 und diverse mehrgeschossige Wohnhäuser). Im Brandfall können Personen nicht mehr über das verrauchte Treppenhaus evakuiert werden. Die Liftbenützung ist im Brandfall verboten. Speziell im Altersheim ist eine Evakuierung ohne Autodrehleiter unmöglich.

Anschaffungspreis: Wird der Neupreis von 1,023 Mio. Franken auf die nächsten fünf Jahre pro Einwohner herunter gebrochen, so ergibt dies ein Betrag von 4 Rappen pro Tag und Einwohner. Die effektiven Mehrkosten von Fr. 40'000.-- pro Jahr in Bezug zum Neuanschaffungs- resp. Mietpreis ergeben einen Betrag von 0,5 Rappen pro Einwohner. Auf dieser finanziellen Basis lässt sich keine Diskussion führen. Die Rettung eines Menschenlebens ist schlicht und einfach nicht bezahlbar. Sie darf nicht in Franken beziffert werden!

Eine Autodrehleiter dient dazu, Menschenleben zu retten. Ich könnte nie die Verantwortung übernehmen, wenn nur ein Mensch als Folge von nicht verfügbaren Rettungsmitteln nicht gerettet werden könnte. Meine Frage an das Parlament: Muss immer zuerst etwas schreckliches passieren, bevor gehandelt wird?

Nova Colette (SP): Schon bei der letzten Beratung des Themas "Autodrehleiter" ist es heiss zu und her gegangen. Besten Dank für die Informationen und die ausgearbeitete Botschaft seitens des Gemeinderates. Ich hoffe, dass die abgegebenen Unterlagen eine sachliche Diskussion unterstützen werden.

Die SP-Fraktion kann den Wunsch der Feuerwehr nach einer neuen Autodrehleiter nachvollziehen. Doch alle Fakten sprechen gegen den Kauf einer eigenen, neuen Autodrehleiter.

1. Der Kauf einer eigenen Autodrehleiter ist nicht notwendig. Die Leistungen können bei der Berufsfeuerwehr Bern inkl. Personal, Übungen und Wartungsarbeiten eingekauft werden. Falls nötig, steht eine Autodrehleiter innert nützlicher Frist zur Verfügung. Die Gebäudeversicherung Bern hat kein Interesse, nicht objektiver Bedarf mitzufinanzieren und eine falsche Position zu vertreten.
Es ist unbestritten, dass bei einem Brandfall jede Minute zählt. Eine Autodrehleiter ist nicht nötig, um den Brand eines Kleinkindes zu löschen.
2. Die Mehrkosten von Fr. 70'000.-- pro Jahr sind happig. Innert 20 Jahren häuft sich dieser Betrag auf 1,5 Mio. Franken an. Die Gemeinde Ostermundigen weist einen hohen Steuerfaktor aus und schwimmt nicht in Geld. Die Finanzierung der Feuerwehr Ostermundigen ist nicht im Lot. Die Feuerwehrrechnung geht momentan nur halbwegs auf, indem Kosten auf die „Allgemeine Gemeinderechnung“ verschoben worden sind. Dies ist nicht der Sinn und der Zweck einer Spezialfinanzierung. Dieser Missstand muss so rasch als möglich korrigiert werden. Niemand hat Lust und Freude an höheren Feuerwehrabgaben. Auch wenn die finanziellen Mittel zur Verfügung stünden, wäre es wenig sinnvoll, Ausgaben für angenehme und schöne jedoch nicht notwendige Dinge auszugeben. Mit öffent-

lichen Geldern aus Zwangsabgaben (Feuerwehr- oder Steuergeldern) darf nicht so umgegangen werden.

3. Einnahmen durch Einsätze der Autodrehleiter sind im GPK-Protokoll erwähnt. Im Jahre 2009 wurden Einnahmen von Fr. 3'300.-- verbucht. Ausserdem stehen noch andere Ersatzbeschaffungen für die Feuerwehr an.

Ich bin Laie in Bezug auf Feuerwehrangelegenheiten. Auch ich war schon froh, dass die Feuerwehr bei mir einen Brand löschte. Doch über die Einsatzdoktrin der Feuerwehr Ostermundigen bin ich erstaunt, zumal die nachbarlichen Feuerwehrkommandanten anderer Meinung sind.

Fast jeden Tag wird in den Medien von hohen Krankenkassenprämien berichtet. In der Schweiz wurde im Gesundheitswesen lange nach dem Motto gelebt: "Jedem Tälchen sein Spitalchen" Mit der Folge von steigenden Krankenkassenprämien. Die überparteiliche Motion erweckt in mir den Eindruck: "Jeder Dorffeuerwehr eine eigene ADL." Diese Meinungshaltung führt zu unnötigen Mehrkosten.

„Last but not least“: Im Parlament habe ich oftmals erlebt, dass auch kleinste Ausgaben detailliert hinterfragt werden. Das vorliegende Geschäft ist mit der gleichen finanzpolitischen Zurückhaltung anzugehen. Der Gemeinderat hat gute Gründe, die Motion und den Kauf einer neuen Autodrehleiter abzulehnen. Der Gemeinderat nimmt jedoch einen Schritt in Richtung der Motionäre vor, in dem die Situation keine Autodrehleiter in den nächsten zwei Jahren zusammen mit der Berufsfeuerwehr Bern überprüft werden soll. Danach wird das Geschäft wieder dem Parlament zum Entscheid vorgelegt.

Die Mehrheit der SP-Fraktion lehnt den Kauf einer eigenen Autodrehleiter ab.

Wegmann Peter (FDP): Bereits bei der vorausgegangenen Motion zu diesem Geschäft hat sich unsere Fraktion eingehend mit den anstehenden Kriterien befasst. Unverändert geblieben ist seither der Sachverhalt, dass offensichtlich – aus welchen Gründen auch immer – keine direkten Investitionsbeteiligungen von anderen Gemeinden zu erwarten sind. Wir bedauern dies sehr, es ist aber im Grunde genommen nachvollziehbar. Indem die in Betracht gezogenen Gemeinden nun mal nicht über ähnliche Hochbauten verfügen wie Ostermundigen.

Geändert hat sich aber der Sachverhalt, dass die Exekutive in der Zwischenzeit einen durchaus guten „Job“ gemacht hat. Nämlich mit zweifelsohne relevant erarbeiteten Argumenten und Begründungen zur vorliegenden Botschaft und dies abgerundet mit bereitwillig vollzogenen Begrüssungen von quasi sämtlichen Fraktionen. Dass dabei mitverbundene Absichten wahrgenommen worden sind, ist nicht erheblich und zudem absolut legitim. Dennoch sieht sich die FDP-Fraktion im Zwiespalt, zumal nebst den Finanzen eben auch die Sicherheit zum Leitbild von unserer Standesorganisation gehört. Unter Abwägung dieser Aspekte befürwortet unsere Basis den Vorschlag des Gemeinderates an sich als vernünftig; allerdings nicht einstimmig. Indem nun mal die Sicherheit zwangsläufig nur bedingt erlassen werden kann. Wo liegen denn letzten Endes überhaupt die Grenzen zu einer vertretbaren Sicherheit?

Eines jedenfalls präsentiert sich für mich als absolut fragwürdig: Ich kann schlicht nicht glauben, dass die Berufsfeuerwehr Bern - egal ob ab Standort Viktoriaplatz oder Bern West - ab Meldeeingang innert sechs bzw. neun Minuten in Ostermundigen vor Ort sein kann bzw. wird sein.

Im weiteren setze ich zur erwähnten Beurteilung der Gebäudeversicherung einige Fragezeichen. Zumal sich eine Gebäudeversicherung Bern nun mal klar und zwangsläufig nach anderweitigen Kriterien orientiert.

Und abschliessend erlaube ich zudem den Hinweis, dass für uns der Erwerb einer neuen Autodrehleiter in Tat und Wahrheit lediglich einen Mehraufwand von jährlich hochgerechnet ca. Fr. 40'000.-- bis 60'000.-- bedeuten würde. Womit sich zwangsläufig die Grundsatzfrage aufdrängt:

- Macht es wirklich Sinn, über einen solchen Betrag zu streiten?
- Dies bei einem operativen Geschäftsjahresetat von bekanntlich über 97 Mio. Franken?
- Und dies letzten Endes zu Ungunsten von einer optimalst möglichen Sicherheit zum Schutze von unserer Bevölkerung?

Sparen macht Sinn. Ganz speziell sicher auch in Anbetracht unserer angespannten Finanzlage. Aber nur wenn sich dies letzten Endes auch verantworten lässt. Und ich frage mich, ob sich der Gemeinderat sowie die dieses Geschäft ablehnenden Exponenten dessen bewusst sind. Indem damit klar auf eine optimalste Sicherheit zum Schutze unserer Bevölkerung verzichtet würde. Wollen wir dies und sind wir bereit, die Verantwortung zu tragen?

Ein Toter, aber auch bereits ein schwer Verletzter ist bereits einer zu viel - aber auch eine abfolgend gesundheitlich verbleibend geschädigte Person. Aus diesen Erkenntnissen und Sachverhalten wird sich unsere Fraktion zu diesem Geschäft nicht geschlossen offenbaren.

Hausammann Hans-Rudolf (SVP): Bei den Ausführungen von Colette Nova (SP) hat es mir fast die Sprache verschlagen. Nichts desto trotz: Die SVP-Fraktion stellt einen **Ordnungsantrag:**

Sie fordert Namensaufruf bei der Abstimmung.

Ich persönlich und mit mir die SVP-Fraktion wollen die Verantwortung bei einem Schadensfall nicht übernehmen. Bei uns steht die Sicherheit im Vordergrund. Wir sind uns der finanziellen Konsequenzen durchaus bewusst. Doch beim vorliegenden Geschäft müssen wir über den Schatten springen.

Ratspräsidentin: Über den Ordnungsantrag der SVP-Fraktion hat das Parlament sofort abzustimmen.

Abstimmung

Die Mehrheit befürwortet eine Abstimmung per Namensaufruf.

Kehrli Rudolf (SP): Auch ich spreche als sogenannte Einzelperson zum Parlament. Wir beraten heute ein Geschäft, bei welchem die Meinungen geteilt sind. Eine Seite stellt die Finanzen in den Vordergrund und will sparen (dies ist ein allseits beliebtes Thema) und stellt die Sicherheit in den Hintergrund. Die andere Seite macht das Gegenteil und will an der bisherigen guten Lösung festhalten. Welcher Weg ist besser?

Ich persönlich bin der Ansicht, dass die zweite Lösung und somit der Ersatz der alten Autodrehleiter der bessere Weg ist. Man darf nicht etwas, was sich seit fast 30 Jahren bewährt hat, einfach abschaffen. Da geht ganz viel Wissen und damit verbunden auch Sicherheit verloren. Der Leitspruch der Feuerwehr lautet: „Retten - Löschen - Halten“. Die Autodrehleiter ist nun einmal ein Rettungsgerät und das Retten hat absolute Priorität.

Das Argument, die Berufsfeuerwehr Bern erbringe die gleiche Sicherheit (auch vom neuen Standort Bern-Forsthaus) mit bedeutend geringerem Kostenaufwand als eine eigene Autodrehleiter, steht wohl auf Papier. Doch Papier ist geduldig. Wer übernimmt die volle Verantwortung, wenn es nicht funktioniert? Wollen die Mitglieder des Gemeinderates respektive wir Parlamentsmitglieder die Verantwortung übernehmen? Die Verantwortung kann immerhin Menschenleben umfassen. Wollen wir diese Verantwortung wirklich übernehmen? Ich auf jeden Fall nicht!

Dass die Finanzen der Feuerwehr nicht im Lot sind, ist längstens bekannt. Die Feuerwehersatzabgaben sollten den Aufwand der Feuerwehrrechnung decken. Reichen die Finanzen nicht aus, muss der Steuersatz erhöht werden. Die Verantwortlichen haben das Buschfeuer nicht gelöscht und heute soll bildlich gesprochen, das Feuer abbrennen.

Die Feuerwehr Ostermundigen hat bis anhin bei der Bevölkerung einen guten Ruf und einen grossen Rückhalt. Gute Feuerwehrleute brauchen eine gute technische Ausrüstung. Diese Tatsache motiviert zum Mitmachen in der Feuerwehr. Die Feuerwehr ist wie eine Versicherung und eine Versicherung muss alle Risiken abdecken. Eine Vollkaskoversicherung ist teurer als eine Teilkaskoversicherung und dieser Umstand ist allen bekannt. Jetzt soll in Folge von einigen Fr. 10'000.-- Mehrkosten pro Jahr auf eine eigene Autodrehleiter verzichtet werden. Dieser Umstand führt dazu, dass Personen aus der Feuerwehr austreten werden und das Ganze führt zu einem Scherbenhaufen. Das wäre dann "Wasser auf die Mühlen getan" für die politischen Kreise, welche die Feuerwehr Ostermundigen aufheben und sich der Berufsfeuerwehr Bern anschliessen wollen und das mit dem Vorwand: "Es wird billiger!"

Ich bitte euch, der Vorlage für eine eigene Autodrehleiter zuzustimmen. Das heisst Zustimmung der Punkte 8 bis 12 der gemeinderätlichen Botschaft. Ich danke allen im Voraus und wir können alle ruhig schlafen.

Schröter Bruno (EVP): Auf der Seite 1 im letzten Abschnitt der gemeinderätlichen Motionsantwort wird erwähnt, dass die Berufsfeuerwehr Bern zwei Autodrehleitern besitzt und diese weniger als zehnmal pro Jahr gemeinsam im Einsatz waren. Eine ADL war bei 217 Einsätzen mit dabei. Bis die zweite Autodrehleiter wieder besetzt ist, vergehen nach Angaben der Berufsfeuerwehr Bern mehr als 10 Minuten.

Auf der Seite 2 ab dem zweiten Abschnitt wird über die neun Minuten Interventionszeit und die Grünschalung der Verkehrsampeln berichtet. Die Umgestaltung des Wankdorfplatzes erfolgt auf sogenanntem "Bundesland". Bis heute ist über den Wankdorfplatz keine Grünschalung der Verkehrsampeln geplant. Um den Verkehrsfluss aufrecht zu halten, ist eine Grünschalung kaum realisierbar.

Herr von Arx von der Gebäudeversicherung Bern hat sich von der Aussage, dass eine 20 minütige Einsatzzeit für eine Autodrehleiter ausreichend sei, distanziert. Die ADL ist in Brandfällen ein Ersteinsatzfahrzeug. Die Berufsfeuerwehr Bern (Löschzug 1) rückt bei Brandfällen mit der Autodrehleiter aus.

Der sogenannte "Sprungretter" ist bei der Autodrehleiter der Feuerwehr Ostermundigen integriert. Die Kosten von 1,4 Mio. Franken für die neue ADL-Bern sehen ein Niederflurzugsfahrzeug ausgerüstet mit gelenkter Hinterachse vor. Der Leiteraufbau ist der Gleiche wie bei der ADL Ostermundigen.

Ich bitte den Rat, diese Fakten zu beachten, und bitte ihn um die Unterstützung für eine neue Autodrehleiter.

Gfeller Heinz (FDP): Die Vorlage des Gemeinderates ist gut und professionell erarbeitet worden. Ich bitte zu beachten, dass die Feuerwehr Bern eine Berufsfeuerwehr ist. Die Mannschaft resp. der Ersteinsatzzug ist unmittelbar bei den Fahrzeugen stationiert. Der Kommandant rückt als Erster mit dem Kommandofahrzeug an den Schadenplatz aus und nimmt einen ersten Augenschein vor. Wie funktioniert das in Ostermundigen mit einer Einsatzdauer von 10 Minuten? Werden hier Äpfel mit Birnen verglichen?

In Ostermundigen steht eine freiwillige Feuerwehr im Einsatz. Die Mannschaft ist kompetent und gut ausgerüstet, doch sie sind Amateure resp. sie sind arbeitstätig. Wie lange geht es, bis das Einsatzfahrzeug belegt ist und die Mannschaft auf dem Platz steht? Mein Fazit lautet: Da werden Äpfel mit Birnen verglichen und es ist nicht primär eine finanzielle Angelegenheit, sondern eine Frage der Professionalität.

Zeyer Christian (SP): Wir hören Aussagen wie, wer dagegen ist, stelle die Sicherheit an den Schluss und die Gemeindefinanzen immer an den Beginn. Dieser Sachverhalt ist eine Unterstellung und darf so nicht stehen bleiben. Die Frage der Sicherheit und die Möglichkeit die Sicherheit zu gewährleisten, das ist nicht ein schwarzer oder weisser Zustand, sondern eine graduelle Aussage. Als Parlamentarier ärgere ich mich, dass wir als Nichtfachpersonen einen Expertenstreit unter verschiedenen Feuerwehren lösen müssen. Dazu müssen wir die Antwort geben, welches die richtige Sicherheit für die Gemeinde Ostermundigen ist. Wir haben Aussagen von der Gebäudeversicherung Bern und von verschiedenen Feuerwehren rund um Bern, welche erwähnen, dass es im Prinzip nicht notwendig ist, eine eigene Autodrehleiter anzuschaffen. Die Feuerwehr setzt sich für eine neue Autodrehleiter ein und dies ist legitim. Die verschiedenen Experten sollten sich in der Grundsatzfrage einig sein. Eine gemeinsame Lösung resp. Antwort muss angestrebt werden. Wir leben alle in einem gemeinsamen Raum.

Mit Sicherheit kann ein einfaches Beispiel dargelegt werden. Wie viele Leute leben im Grossraum Bern? - Ca. 250'000 Personen. Soll die gleiche Menge an Autodrehleitern in der ganzen Region vertreten sein, so müssten wir nicht nur eine ADL in Ostermundigen haben, auch im Raum "?????" (Mikrofon zu nahe am Mund und deshalb auf Tonband nicht zu verstehen) müssten mindestens 10 Stück vorhanden sein, um das gleiche Verhältnis ADL/Personen zu erreichen. Irgendwie geht die ganze Rechnung nicht auf: Wenn Ostermundigen mit rund 15'000 Einwohnenden eine Autodrehleiter haben muss und die Berufsfeuerwehr Bern nur zwei Autodrehleitern für über 100'000 Einwohnenden besitzt. Ich glaube den Experten, die zu dieser Thematik die Berechnungen und die entsprechenden Aussagen über das Sinnvolle machen.

Ich glaube nicht, dass eine motivierte Feuerwehrmannschaft ohne Autodrehleiter weniger motiviert in den Einsatz geht oder sogar den Austritt aus der Feuerwehr in Betracht zieht. Die Leute verrichten ihren wertvollen Dienst zugunsten der Gemeinde Ostermundigen genauso,

wie wir Parlamentsmitglieder unseren Job ausführen. Die Feuerwehr wird ihren Dienst auch ohne neue Autodrehleiter weiter zugunsten der Gemeinde erfüllen.

Ja, wir dürfen den Zusammenarbeitsvertrag mit der Berufsfeuerwehr Bern eingehen und die ganze Situation "Autodrehleiter" nach zwei Jahren nochmals überprüfen. Wenn sich die neue Ausgangslage nicht bewähren sollte, so kann nach Ablauf von zwei Jahren immer noch eine neue Autodrehleiter angeschafft werden.

Wagner Rahel (EVP): Ich möchte mich dem Vorredner, Christian Zeyer, anschliessen.

Was macht eine Abstimmung unter Namensaufruf für einen Sinn? Die Mehrheit hat dieses Vorgehen beschlossen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Gegner der Autodrehleiter selektioniert werden sollen. Diesen Sachverhalt kann ich so nicht gelten lassen. Wir sind ein Parlament, welches aufgrund von Fakten zu entscheiden hat. Wir dürfen GGR-Mitglieder nicht aufgrund von Andersentscheiden einfach abschiessen. Ich stehe zu meinen Entscheid, und dass wir mit der Berufsfeuerwehr Bern einen Vertrag abschliessen. Mein Entscheid basiert auf sachlichen Gründen. Das Ganze darf nicht in eine Art "Glaubenskrieg" eskalieren.

Ratspräsidentin: Mit der Stimmabgabe unter Namensaufruf sollen die Stimmzähler entlastet und das Abstimmungsresultat kann ganz genau eruiert werden.

Weber Beat (SVP): Das Wichtigste aus Sicht der SVP wurde bereits erwähnt.

Die Berufsfeuerwehr Bern kennt wohl Ostermundigen, sie hat jedoch nicht dieselben Ortskenntnisse wie die Feuerwehr Ostermundigen. Die Anfahrt mit der Autodrehleiter ist schwierig und muss richtig erfolgen. Die Personen, welche die ADL bedienen, sind auch die Personen, welche führen und schon lange Zeit bei der Feuerwehr mitmachen. Sie sind sozusagen die langjährigen Mitarbeitenden. Diese Personen benötigen die Unterstützung seitens Bevölkerung und Parlament.

Was passiert, wenn wir keine Autodrehleiter mehr haben? Damit wird der Beginn des Aussterbens der Feuerwehr Ostermundigen eingeleitet. Dieser Zustand ist ein Affront gegenüber dem Feuerwehrpersonal!

Des weitern will ich bei einem Unfall nicht die Verantwortung übernehmen müssen. Ich persönlich stehe hinter der Anschaffung einer neuen Autodrehleiter.

Nova Colette (SP): Wer gegen die Anschaffung einer neuen eigenen Autodrehleiter stimmt, ist nicht automatisch gegen die Feuerwehr in Ostermundigen! Wir sind nur dagegen, jetzt sofort eine neue Autodrehleiter einzukaufen. Der Einsatz einer ADL bleibt unbestritten.

Zeyer Christian (SP): Ich habe Mühe mit gewissen Unterstellungen. Ich war Offizier der Rettungstruppen in der Schweizer Armee und habe viel Feuer hautnah miterlebt. Ich habe mitgeholfen, die Chemiewehr in der Gemeinde Heiden AR aufzubauen. Ich bin ausgebildeter Feuerwehroffizier. Ich kenne die Materie des Geschäftes einigermassen. Ich habe die gemein-

derätlichen Unterlagen eingehend studiert und bin zu einem Entschluss gekommen. Ich trage die Verantwortung für meinen Entschluss. Ich muss mir nicht unterstellen lassen, ich hätte keine Ahnung von der Sache!

Riesen Norbert (SP): Ich möchte das Votum von Christian Zeyer unterstützen. Es ist schade, dass die Feuerwehrleute nur heute hier im Tellsaal anwesend sind und nicht auch bei anderen Ratsgeschäften. Wir können pro und kontra Autodrehleiter sein. Ich habe meine Meinung gemacht und stehe dazu. Letztendlich ist es ein Abwägen der vielen verschiedenen Argumente.

Ich habe Mühe mit unserem Diskussionsstil. Ein Beispiel: Das Thema "Schulwegsicherung" wurde hier im Saal diskutiert. Die SVP hat dieses Thema nicht mitgetragen. Bei den Kundgebungen gegen die Schliessung der Karton Deisswil AG habe ich keinen einzigen Vertreter der SVP vor Ort gesehen. Jeder kann seine Meinung vertreten und die Verantwortung dafür übernehmen. Dies rechtfertigt nicht die Aussage, alle anderen hätten kein Verhältnis zum Thema "Sicherheit". Ich möchte den Gemeinderat in Schutz nehmen. Wir haben den Gemeinderat und den Feuerwehrkommandanten an die Fraktionssitzung eingeladen. Dem Gemeinderat darf nicht unterstellt werden, er kümmere sich nicht um Sicherheitsfragen.

Ich möchte an die Ehre und die politische Fairness appellieren!

Wegmüller Nadine (SVP): Frau Renate Bolliger hat erwähnt, mit der Neuanschaffung einer Autodrehleiter noch zwei Jahre zuzuwarten. Vielleicht ist es bis dann schon zu spät und ein Unglück bereits eingetroffen. Wenn die Feuerwehrsachverständigen aussagen, dass eine Autodrehleiter notwendig ist, so glaube ich deren Aussagen. Wenn ich zum Arzt gehe, vertraue ich seiner Diagnose ebenfalls.

Frau Colette Nova hat erwähnt, dass für die Rettung eines Kindes - wie von Roger Schär erwähnt - keine Autodrehleiter notwendig ist. Dieser Sachverhalt ist logisch. Es handelte sich da vielmehr um ein Beispiel, wie das eigene Kind brennen kann und eine schnelle Rettung unerlässlich ist.

Ratspräsidentin: Aus dem Plenum liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäft mehr vor.

Gemeinderätin Norton Boss Ursula (EVP): Zuerst möchte ich Stellung zu den Schlussvoten nehmen: Es geht dem Gemeinderat bei diesem Geschäft primär um die finanziellen Aspekte und nicht um die Abschaffung der Feuerwehr Ostermundigen. Die Sicherheit soll durch die finanziellen Überlegungen nicht in den Hintergrund geschoben werden. Es handelt sich mitnichten um die Abschaffung der Feuerwehr Ostermundigen oder die Übergabe der Feuerwehr Ostermundigen an die Berufsfeuerwehr Bern.

Walter Bruderer hat angeregt, das Geschäft zusammen mit dem Feuerwehrkommando zu bearbeiten. Seit dem Jahre 2006 wird diesem Wunsch bereits nachgekommen. In unzähligen Sitzungen mit diversen Feuerwehrkommandanten wurde der heute vorliegende, gemeinderätliche Antrag an das Parlament erarbeitet. Der Gemeinderat stellt dem Parlament eine Vari-

antenabstimmung zur Verfügung. Der Gemeinderat befürwortet die Variante mit der zweijährigen Versuchsphase einer Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr Bern. Ziel ist es, die Option einer eigenen Autodrehleiter offen zu lassen und die Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr Bern weiterzuführen. Als weiterer Antrag liegt ebenfalls der Kauf einer neuen, eigenen Autodrehleiter vor.

Über das Thema "Sicherheit" könnten wir den ganzen Abend diskutieren. Bereits in den Fraktionssitzungen und der Geschäftsprüfungskommission war die "Sicherheit" das alles überragende Thema. Das Risiko kann auch mit zwei bis drei Autodrehleitern in Ostermundigen nicht ganz ausgeschlossen werden. Ob auch die zwei Jahre Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr Bern das Gelbe vom Ei ist, können wir heute nicht schlüssig beantworten. Die Botschaft an den GGR gibt die heutige Sichtweise und die Haltung des Gemeinderates bekannt. Wenn dem Parlament die Variante resp. Kompromiss "Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr Bern" nicht vorgestellt worden wäre, so hätte das Parlament dem Gemeinderat vorgeworfen, nicht alle Möglichkeiten abgeklärt zu haben. Der Gemeinderat hat die in der Motion geforderten Abklärungen und Wünsche vorgenommen und das Parlament wurde mit allen vorhandenen Unterlagen dokumentiert.

Es ist soweit: Heute Abend soll politisch fair entschieden werden und nicht in eine Kampfansage: "Ich bin für die Autodrehleiter und somit für die Feuerwehr" oder "Ich bin gegen eine neue Autodrehleiter und deshalb auch gegen die Feuerwehr Ostermundigen" münden.

Zum Votum von Roger Schär inkl. seinem Zitat habe ich keine Erläuterungen vorzunehmen. Wenn die Autodrehleiter Ostermundigen von der Berufsfeuerwehr Bern zweimal angefordert worden ist, steht dem nichts im Wege. Unsere Autodrehleiter kann im Bedarfsfall auch von Nachbargemeinden angefordert werden. Dieser Sachverhalt entscheidet nicht über pro und contra.

Renate Bolliger und andere Votanten haben sich dahingehend geäussert, dass das vorliegende Geschäft in eine "Glaubensfrage" ausartet. Die umliegenden Gemeinden haben erwähnt, dass das Benützen der Autodrehleiter der Berufsfeuerwehr Bern im Bedarfsfall klappt. Auch am runden Tisch mit den Feuerwehrkommandanten und den politisch zuständigen Gemeinderäten konnte eine positive Haltung vernommen werden.

Gerhard Zaugg hat insbesondere den Sicherheitsnutzen erwähnt. Ich verzichte zum Thema "Sicherheit" weitere Kommentare abzugeben. Ich bin mit dem GGR einig: Der Sicherheit steht oberste Priorität zu. Die Aussage stimmt nicht, dass alle Stufe C-Gemeinden ausser Saanen über eine Autodrehleiter verfügen. Steffisburg verfügt auch nicht über eine eigene Autodrehleiter. Aus der Sicht des Feuerwehrkommandos ist das Ausrücken zusammen mit der Autodrehleiter zweckmässig und diesen Sachverhalt resp. diese Einsatzdoktrin des Kommandanten gilt es zu akzeptieren. Trotzdem darf über den Sachverhalt nachgedacht werden. Die Gebäudestruktur ist sicher ein Fakt.

Der gemeinderätliche Auftrag an den externen Fachexperten betreffend die Erstellung eines Berichtes über die Einsatzdoktrin war klar formuliert. In Zusammenarbeit mit dem Feuerwehrkommando Ostermundigen sollte die Einsatzdoktrin überprüft werden. Allfällige Anpassungen sind festzuhalten. Leider haben wir vom Fachexperten bis heute keine befriedigende Antwort erhalten.

Knackpunkt Felsenauviadukt: Wenn der zweijährige Kompromisslösung zugestimmt wird, ist der Felsenauviadukt nicht der Knackpunkt. Die Option lässt offen, dass nach dieser zweijähri-

gen Versuchsphase von Zusammenarbeit auf der Stadtseite "Bern-Ost" ebenfalls eine Autodrehleiter gekauft werden muss. Fakt ist, wenn im ersten Halbjahr die Autodrehleiter von der Feuerwehr Ostermundigen benötigt wird, und wir keine bekommen oder erst nach 12 Minuten, dann ist der Vertrag nichtig. Dann wird der Gemeinderat eine eigene Autodrehleiter anschaffen. Die Sicherheit kann der Gemeinderat nicht aufs Spiel setzen resp. verantworten. Wenn der Vertrag nicht eingehalten werden kann, so kann dieser fristlos gekündigt werden.

Colette Nova hat von der Versachlichung der Diskussion gesprochen. Die eigene Autodrehleiter ist im Prinzip nicht notwendig, sondern bei der Berufsfeuerwehr Bern soll innert nützlicher Frist eine Autodrehleiter angefordert werden können. Ebenfalls hat Colette Nova die Feuerwehrfinanzen angesprochen, welche zugegebenermassen nicht ganz im Lot sind. Die Differenz zwischen Fr. 60'000.-- und Fr. 40'000.-- ist ein nicht allzu grosser Betrag.

Die Einsatzdoktrin muss überprüft werden. Diese fällt in den Kompetenzbereich des Feuerwehrkommandos. Dass jedoch fünf Feuerwehrkommandanten der Nachbargemeinden in ihrer Meinung daneben liegen, glaube auch ich nicht.

Stichworte "Finanzen" und "Sicherheit": Die Sicherheit hat ganz bestimmt Priorität. Doch die Gemeindefinanzen müssen ebenfalls berücksichtigt werden.

Peter Wegmann hat die Feuerwehrstützpunkte "Viktoria" und "Bern-West" erwähnt. Der Feuerwehrstützpunkt Bern-West befindet sich zurzeit erst im Bau und in den nächsten Monaten rückt die Berufsfeuerwehr Bern noch vom Stützpunkt "Viktoria" aus. Ab Viktoriaplatz wird eine Einsatzzeit von sechs Minuten garantiert. Der gemeinderätliche Antrag sieht einen Zusammenarbeitsvertrag von zwei Jahren vor. Danach werden uns die Resultate und die Statistiken über die Einsatzzeiten Auskunft geben.

Die Gebäudeversicherung Bern hat sich vor 30 Jahre für eine Autodrehleiter Ostermundigen ausgesprochen. Die Situation hat sich in der Zwischenzeit verändert und die Gebäudeversicherung Bern hat ebenfalls ihre Sichtweise geändert. Ein gemeinsamer Ankauf einer Autodrehleiter resp. anderen grossen Rettungsfahrzeugen wird von der Gebäudeversicherung Bern befürwortet. Der frühere Regierungsstatthalter von Graffenried hat vor ungefähr fünf Jahren ein Projekt "5 Feuerwehrzentralen im Kanton" lanciert. Dieses Projekt ist in der Zwischenzeit versandet. Die Gemeindeautonomie wurde unterschätzt. Einzig die Zusammenarbeit unter den verschiedenen Feuerwehren wurde in einem sogenannten Rahmenvertrag fixiert. 14 Feuerwehren der Region Bern (inkl. Ostermundigen) haben den Vertrag unterzeichnet. Die Gebäudeversicherung Bern legt die finanziellen Schwerpunkte auf diesen Rahmenvertrag und den gemeinsamen Materialeinkauf resp. Materialnutzung ab.

Rudolf Kehrli hat erwähnt, dass die Feuerwehr wie eine Versicherung funktioniert. Er hat ebenfalls die Verantwortung erwähnt. Diesen Aussagen kann ich zustimmen. Sowohl das Parlament wie auch der Gemeinderat werden da in die Pflicht genommen.

Die Bemerkungen von Bruno Schröter kann ich nicht widerlegen. Ich kenne die Verkehrsplanung im Wankdorf nicht. Die Gebäudeversicherung Bern hat sich mit einer schriftlichen Stellungnahme von der Autodrehleiter distanziert.

Heinz Gfeller hat die Nachvollziehbarkeit und Professionalität der Botschaft erwähnt. Der Unterschied zwischen der Berufsfeuerwehr Bern zur Milizfeuerwehr Ostermundigen wurde dargestellt.

Beat Weber hat die Ortskenntnisse erwähnt. Dem Vorwurf, dass wenn die Berufsfeuerwehr Bern angefordert wird und im Einsatz steht, sie auch die Befehlsgewalt ausübt, muss ich an

dieser Stelle widersprechen. Es ist nicht so: Wir werden nicht die Berufsfeuerwehr Bern einkaufen, sondern wir kaufen die Benützung eines Gerätes (Autodrehleiter) ein. Die Autodrehleiter wird mit zwei ausgebildeten Feuerwehrmännern der Stadt Bern anrücken. Das Kommando obliegt weiterhin beim Kommandanten der Feuerwehr Ostermundigen.

Dem Gemeinderat geht es nicht darum, der Feuerwehr ein wichtiges Einsatzfahrzeug wegzunehmen und damit die Sicherheit der Bevölkerung in Frage zu stellen. Es geht darum, in den nächsten zwei Jahren die Grundlagen für eine „Nichtinvestition Autodrehleiter“ kennen zu lernen. Erst danach soll über eine Neuanschaffung entschieden werden. Was dann für oder gegen eine Neuanschaffung spricht, werden die gemachten Erfahrungen aufzeigen.

Ratspräsidentin: Zur Autodrehleiter liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Das Abstimmungsprozedere kann vorgenommen werden. Ich bitte den Ratssekretär über den Beschlusspunkt Nr. 1 die „Abstimmung mittels Namensaufruf“ vorzunehmen. Wenn das Parlament den Beschlusspunkt Nr. 1 ablehnt, wird über die Beschlusseziffern Nr. 8 bis 10 die Abstimmung vorgenommen.

Das Parlament fasst unter Namensaufruf

Name	Vorname	JA	Nein	Enthaltung
Bendoza	Thomas		X	
Biner	Jacques			
Blaser	Erich		X	
Bolliger	Renate	X		
Bruderer	Walter		X	
Burkhalter	Hans-Rudolf	X		
Dogan	Aziz	X		
Gerber	Philippe			
Gfeller	Heinz	X		
Hausammann	Hans-Rudolf		X	
Hirsiger	Ernst		X	
Hirt	Bruno	X		
Jost	Therese			
Kehrli	Rudolf		X	
Landolf	Marianne		X	
Löhner	Sandra		X	
Mahler	Rudolf	X		
Mantarro	Alessandra			
Müller	Lucia	---	---	---
Nova	Colette	X		
Rettore	Mirjam			
Riesen	Norbert		X	
Rippstein	Eduard		X	
Rüfli	Roland		X	
Schär	Roger		X	
Schärer	Liliane	X		
Scheidegger	Jürg-Sven			

Schenk	Madeleine		X	
Schröter	Bruno		X	
Truog	Markus			
Wagner	Peter	X		
Wagner	Rahel	X		
Weber	Beat		X	
Wegmann	Peter		X	
Wegmüller	Nadine		X	
Wegmüller	Thomas		X	
Werner	Michael	X		
Wiedmer	Rudolf		X	
Zaugg	Gerhard		X	
Zeyer	Christian	X		
Total 39 (Präsi stimmt nicht)		12	20	0

mit 20 zu 12 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Auf die Beschaffung einer gemeindeeigenen Autodrehleiter für die Feuerwehr Ostermundigen wird nicht verzichtet.

Ratspräsidentin: Nun hat das Parlament über die Beschlusseziffern Nr. 8 bis 10 zu entscheiden. Der Grosse Gemeinderat fasst die folgenden

B e s c h l ü s s e :

Mit 23 zu 9 Stimmen:

- Für die Beschaffung einer gemeindeeigenen Autodrehleiter für die Feuerwehr wird ein Investitionskredit von Fr. 1'032'000.-- bewilligt..

Mit 19 zu 1 Stimme:

- Die heute bei der Feuerwehr im Einsatz stehende Autodrehleiter wird mit der Beschaffung der neuen Autodrehleiter ausser Betrieb genommen.

Mit 20 zu 1 Stimme:

- Die Feuerwehersatzabgabe bleibt im Jahre 2011 unverändert.

10.1.31 Verwaltungsbericht der Gemeinde

17. Verwaltungsbericht 2009; Genehmigung

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Der Verwaltungsbericht wird departementsweise beraten. Allfällig eingereichte "unselbständige Postulate" werden gemäss Artikel 53 der GO GGR sofort behandelt. Bevor wir mit dem Geschäft starten, möchte ich sämtliche Votanten darauf aufmerksam machen, dass an dieser Stelle keine Plattform für ausschweifende politische Statements gebildet werden soll. Der Inhalt des vorliegenden Verwaltungsberichts ist spannend und interessant aber auch bereits schon Geschichte.

Rippstein Eduard (CVP): Die CVP-Fraktion dankt für den vorliegenden Verwaltungsbericht. Die neue Gestaltung bereitet Freude.

Als negative Anmerkung sei erwähnt, dass wer in Ostermundigen lebt und im politischen Umfeld mitarbeitet, rasch bemerkt, dass es an einigen Orten nicht mehr rund läuft. Die politische Führung ist eine Kollegialbehörde. Doch in einigen Geschäften wurde das Fehlen des Kollektivs spürbar und die gemeinsame Erledigung des Geschäftes mit einem positiven Abschluss wurde unterlassen. In der Verwaltung arbeiten einige Departemente schlecht miteinander. Man steht nur dann zusammen, wenn etwas verloren gehen könnte. Zwischen den Abteilungsleitungen und dem Gemeinderat kommt das Gefühl auf, dass sich nicht alles im Lot befindet. Auch wir Parlamentsmitglieder gehören hier dazu - sitzen im selben Boot. Wir müssen immer versuchen, intelligente Kompromisse einzugehen - Blockpolitik ist für die Gemeinde nicht nützlich.

Ich bitte alle, sich voll für das Wohl der Gemeinde einzusetzen. Persönliche Grabenkämpfe sind in den Hintergrund zu stellen.

Gfeller Heinz (FDP): Auch die FDP-Fraktion dankt für den guten Verwaltungsbericht 2009. Er ist eine gute Präsentation mit vielen Informationen.

Auf einen wesentlichen Negativpunkt möchte ich aufmerksam machen: Im Verwaltungsbericht sind keine aussagekräftige Finanzkennzahlen enthalten und deshalb ist er unvollständig. Ich möchte bereits jetzt meinen **Änderungsantrag Nr. 1** zum gemeinderätlichen Beschluss deponieren:

"Die Ziffer 2 e ist zu streichen."

Da geht es um die Motion der FDP-Fraktion vom 3. Juli 2008 betreffend Zusammenwirken mit regionalen Gemeinden zur Bewältigung von analog anstehenden Gemeindebelangen bzw. -prozessen. Natürlich gibt es eine regionale Zusammenarbeit. Billaterale Zusammenarbeit existiert praktisch nicht.

Bruderer Walter (FORUM): Selbstverständlich danken auch wir der Verwaltung für den gut gestalteten Verwaltungsbericht. Schade werden einige Statistiken nicht mehr mit den vorangehenden Jahreszahlen bestückt. Zweckmässig wäre ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen allemal. Es sollte versucht werden, diese Vorjahreszahlen in tabellarischer Darstellung beizubehalten.

Wegmüller Thomas (SVP): Besten Dank für das schlanke und schöne Buch auch von Seiten der SVP-Fraktion. Das nächste Mal sollte die Titelseite mit einem Bild von Ostermundigen ausgerüstet werden. Das jetzige Bild ist auf Bernerboden.

Riesen Norbert (SP): Der neue Verwaltungsbericht kennt keine Ortsgeschichte mehr.

① Seite 32 - Projekt Bildarchiv

Das Bildarchiv wurde aufgearbeitet. Der neue Server hat jetzt genügend Speicherkapazität um die Dorfgeschichte weiterhin dokumentieren zu können. Wertvolle Bilder sollten fortlaufend digitalisiert und im Archiv abgelegt werden. Die Karton Deisswil wäre ein geeignetes Objekt, um im Bilderarchiv Platz zu finden.

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen zur Botschaft vor. Somit können wir mit der kapitelweisen Beratung fortfahren. Ich möchte ein Schreiben an eine Verwaltung als Auflockerung zitieren:

"Ich danke Ihnen noch, dass Sie so schnell auf meinen Brief geantwortet haben, auf dessen Beantwortung ich heute noch warte."

Ich hoffe, dass es auf unserer Verwaltung nicht so läuft.

① Seiten 16/17 - Motionen

Zeyer Christian (SP): Im Zusammenhang mit der "Motion ökologisches Beschaffen" glänzt das Papier des Verwaltungsberichts zu stark. Die Berichterstattung auf Umweltschutzpapier wäre hier angebracht.

Einige Motionen wurden sehr speditiv erledigt. Die Renovation der Bushäuser hat dem Ansehen der Gemeinde gut getan. Besten Dank für die rasche Umsetzung. Das nächste Mal sollte dafür keine Motion notwendig werden. Die Arbeiten können inskünftig vom Werkhofpersonal ohne grossen Firlefanz erledigt werden.

Auf Seite 17 wurde die Motion der SP-Fraktion „freie Fahrt für den Veloverkehr“ irrtümlicherweise zweimal erwähnt. Dafür ist nicht ersichtlich, was mit dieser Motion geschehen ist. Auch fehlen uns Informationen zur überparteilichen Motion betreffend Sport- und Kulturhalle Ostermundigen.

① Seiten 20 bis 27 - Motionen und Postulate

Bruderer Walter (FORUM): Zuerst eine grundsätzliche Fragen zu den Kurzberichten über die politischen Vorstösse. Warum kommt der Gemeinderat zum Schluss, politische Vorstösse, die überhaupt noch nicht erledigt sind, seien abzuschreiben? In einer Auftrags- oder Pendenzenliste werden Aufträge normalerweise so lange geführt, bis sie tatsächlich erledigt sind. Man könnte in der Berichterstattung die Gründe erwähnen, warum Aufträge erst auf gutem Wege zur Erledigung sind.

① Seite 20 - Ziffer 1.3 „Wildwuchs von Natelantennen“

Die hängige, von 875 Personen unterschriebene Volksmotion hat verlangt, die denkbaren gesundheitlichen Risiken von Elektrosmog für die Bevölkerung zu reduzieren. Wer kennt die drei Ziele noch, die mit der Volksmotion verfolgt wurden?

1. Die Resultate der Nationalfondstudie, die der Bundesrat in Auftrag gegeben hat, müssen vor weiteren Bewilligungen von Baugesuchen vorliegen.
2. Vorliegen muss auch eine Planung für die Mobilfunkantennen in unserer Gemeinde. Das im Gemeindebaureglement, Art. 42, Abs. 5, erwähnte Antennenreglement fehlt nach wie vor.
3. Die Betreiber und Standorteigentümer von Antennen sind zu verpflichten, für allfällige Gesundheitsschäden zu haften und die Kosten für Sanierungs- und Schutzmassnahmen zu tragen.

Trotz diesen drei klaren Zielen will der Gemeinderat diese vom Parlament im September 2005 genehmigte Volksmotion liquidieren und zwar mit Argumenten, die auf die Volksmotion gar nicht zutreffen. Die Volksmotion hat kein Verbot von Antennen verlangt.

Wie kann ein noch nicht existierendes Antennenreglement dem Bundesrecht widersprechen, das z. B. aufzeigen würde, welche Antennenstandorte aus Sicht der Gemeinde am besten geeignet sind? Sollen wirklich nur die drei Antennenbetreiber (Swisscom, Orange, Sunrise) darüber entscheiden, wo sie ihre Antennen aus finanziellen Gründen aufstellen wollen?

Wir verlangen vom Gemeinderat eine separate Botschaft, die auf die Erledigung der Volksmotion auf konstruktive Weise antwortet. Es kann nicht sein, dass man eine Volksmotion von derart grosser Bedeutung der Einfachheit halber via Verwaltungsbericht abschreibt. Wir wissen immer noch nicht, warum es das im Baureglement verlangte Antennenreglement nicht gibt. Im Verwaltungsbericht erwähnt der Gemeinderat, das Bundesgericht habe festgehalten, dass Mobilfunkantennen in der Bauzone grundsätzlich zonenkonform seien, soweit sie ihrer Abdeckung dienen. Trotzdem könnte der Gemeinderat im Antennenreglement festlegen, an welchen Orten er keine solchen Antennen will, z. B. auf den gemeindeeigenen Gebäuden oder in der Nähe von Schulen, Kindergärten, Altersheimen etc. und sich dabei sogar auf die Umweltgesetzgebung des Bundes abstützen (Art. 13). Der Gemeinderat kann verlangen, dass auf jene Antennenstandorte zu verzichten ist, wenn - je nach Bestrahlungsintensität - Menschen und Tiere - auf einer zu nahen Distanz zur Antenne wohnen oder dort im Freien tätig sind.

Ich bitte den Rat, diese Motion keinesfalls via Verwaltungsbericht abzuschreiben. Wir wollen eine separate Botschaft, die mit Fakten belegt, warum was möglich oder unmöglich ist. Der **Änderungsantrag Nr. 2** der FORUM-Fraktion lautet:

Die Volksmotion vom 8. September 2005 betreffend Wildwuchs von Natelantennen ist noch nicht abzuschreiben.

① Seite 22 - Ziffer 1.8" ÖV-Erschliessung der Südquartiere"

Wir wären bereit, diese Motion abzuschreiben, aber nur unter der Bedingung, dass der Gemeinderat verspricht, dass er mit der Realisierung der verbesserten Erschliessung der Südquartiere nicht weiter zuwartet.

Herr M. Rupp, Chef RVK 4, hat letzten Montag an einer FORUM-Zusammenkunft mitgeteilt, es gebe für die Linien Nr. 28 + 44 keine zwingenden Gründe mehr, auf Fahrplanverbesserungen zu verzichten, d. h. konkret auf die vermissten Abend- und Sonntagskurse in die Aussenquartiere. Solche Verbesserungen haben mit dem Tramprojekt gar nichts zu tun. Es dürfte darum logisch sein, dass man die Bewohnerinnen und die Bewohner nicht unnötig weiter auf schon lange gerechtfertigte Verbesserungen warten lässt.

Das FORUM stellt keinen Änderungsantrag, weil sich der Gemeindepräsident offensichtlich der Ausgangslage bestens bewusst ist.

① Seite 23 - Ziffer 1.13 "Zugänglichkeit des Perrons 2 für Personen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind"

Heute bin ich zufällig beim Bahnhof Gümligen gewesen. Dort steht ein Plakat, das die Bauarbeiten von der Unterführung zum Mittelperron erläutert, die bis Ende 2010 abgeschlossen sein werden. Was wird geändert? Der Mittelperron wird erhöht, damit

- Rollstuhl-Fahrer/innen problemlos in die beiden S-Bahnen ein- und aussteigen können;
- ein Lift wird erstellt, damit die Rollstuhlfahrer/innen von der Unterführung zum Mittelperron gelangen.

Die Gümliger Variante wäre vielleicht auch in Ostermundigen möglich. Es ist ohnehin eine Unterführung unter allen Gleisen hindurch nötig, von der Poststrasse zum Schermenweg. Unseres Erachtens muss eine solche Unterführung nicht zwingend auf die Tramrealisierung warten.

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): In Gümligen wird das Mittelperron erhöht. Diese Erhöhung ist für die Behindertenzugänglichkeit unbedingt erforderlich. Es gibt keine andere sinnvolle Provisorien. Das Projekt "Tram Region Bern" verlangt eine Anpassung der Bahnhofunterführung. Zurzeit ist noch unklar, ob die Perrons und damit verbunden die Unterführung verbreitert werden müssen. Ausserdem sind die SBB nicht bereit, einfach Perrons zu erhöhen (keine kurzfristige Lösung). Der Unterführungsausbau und die Zugänglichkeit zu den Perrons ist in einem Projekt zu vereinen und zu realisieren.

Gemeinderätin Unteregger Schütz Regula (SP): Der Bau eines Treppenlift auf das Perron 2 wurde zusammen mit Behindertenorganisationen geprüft. Eine befriedigende Lösung liegt momentan noch nicht vor. Eventuell kann noch eine Übergangslösung gefunden werden. Ansonsten muss ein Gesamtkontext abgewartet resp. angestrebt werden.

① Seite 20 - Ziffer 1.3 "Volksmotion Wildwuchs von Natelantennen"

Gemeinderat Julmi Egon (FDP): Bereits im Vorfeld wurde das Parlament informiert, dass ein alleiniges Antennenreglement nicht sinnvoll ist, da es sich hier um ein übergeordnetes Thema handelt.

Wieso wird die Volksmotion erst jetzt abgeschrieben? Verschiedene Gerichtsurteile waren noch ausstehend. Diese sind in der Zwischenzeit eindeutig zu unseren Gunsten ausgefallen. Wir haben keine anderen rechtlichen Grundlagen und deshalb konnte auch die Volksmotion nicht vorher abgeschrieben werden.

① Seite 22 - Ziffer 1.8. "ÖV-Erschliessung Südquartiere"

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Mit dem Projekt "Tram Region Bern" kann dieses Problem gelöst werden. Die Abendkurse sollen wieder eingeführt werden. Die Behördendelegation TRB wird die Genehmigung noch vornehmen. Die Abendkurse werden nicht von Ostermundigen alleine eingeführt. Die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern (Kanton, Stadt Bern) eine Voraussetzung ist. Der Gemeinderat wird die Erschliessung aktiv fördern (mit dem Ortsbuskonzept).

Bruderer Walter (FORUM): Besten Dank für die gemachten Ausführungen. Es gilt zu beachten, dass das Tram erst im Jahre 2017 nach Ostermundigen fährt. Jetzt haben wir das Jahr 2010. Eine rasche Lösung, für die Personen welche seit geraumer Zeit auf Abend- und Wochenendkurse warten, soll in aller Form angestrebt werden. Ich zähle auf den Einsatz des Gemeindepräsidenten.

Was die Volksmotion der Natelantennen betrifft, kann ich nicht akzeptieren, dass das Geschäft über den Verwaltungsbericht 2009 abgeschrieben wird. Hat der Gemeinderat mit dem Erstunterzeichner der Volksmotion jemals Kontakt aufgenommen? Die Strahlungen dürfen nicht unterschätzt werden resp. das Thema ist ernsthaft zu prüfen.

① Seite 88 ff - Soziales

Rippstein Eduard (CVP): Mein Votum gehört nur indirekt an diese Stelle. Das Spitex-Defizit bezahlen wir über die Rechnung "Soziales". Über das Thema "Spitex: Absetzung der Geschäftsleitung" wurde das Parlament in keiner Weise orientiert. Wie das Thema weitergeht, wissen wir nicht. Was unternimmt der Gemeinderat? Hat der Spitex-Verein die Gemeinde über das Warum und was er gemacht hat informiert? Ist sein Handeln nachvollziehbar? Wenn nein, was unternimmt der Gemeinderat, dass das Ganze nicht zu einem personellen und finanziellen Fiasko führt? Wenn der Gemeinderat nicht heute Abend informiert, kann er dies an der nächsten GGR-Sitzung nachholen.

Gemeinderätin Panayides Aliko (SVP): Eduard Rippstein, du brauchst dir keine Sorge zu machen! Die Gemeinde Ostermundigen steht nicht für die Defizite des Spitex-Vereins gerade. Die Spitex ist eine unabhängige Organisation. Die Gemeinde hat nur bei den anrechenbaren Leistungen ihre Verantwortung wahrzunehmen. Der Gemeinderat hat die ganze unrühmliche

Situation nicht ignoriert. Der Spitex-Vorstand hat den Gemeinderat über den Vorgang und das Vorgehen informiert. Der Gemeinderat hat betreffend Finanzen den Dialog gesucht.

Ratspräsidentin: Wie bereits erwähnt, wurde das Kapitel "Ortsgeschichte" aus dem Verwaltungsbericht gestrichen. Der neue Verwaltungsbericht konnte um insgesamt rund 80 Seiten gekürzt werden.

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Meine Ausführungen zu den Voten:

① Fehlende Finanzkennzahlen

Wir sind beim vorliegenden Raster grundsätzlich geblieben. Noch in diesem Jahr wird das Parlament über die Pilotversuche im Zusammenhang mit WOV (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung) orientiert. In diesem Zusammenhang wird sich der Verwaltungsbericht in den nächsten Jahren verändern.

① Ortsgeschichte

Das Archiv existiert und eine Berichterstattung im Verwaltungsbericht ist sinnvoll. Auf einen summarischen Bericht wurde im letzten Jahr verzichtet. Das bedeutet nicht gleichzeitig, dass die Ortsgeschichte nicht mehr dokumentiert wird.

① Änderungsantrag Nr. 1

Die Regionalkonferenz wurde in der Zwischenzeit eingeführt. Die Teilkonferenzen mit Themenbereichen (Verkehr, Raumplanung, Kultur und Soziales etc.) wurden ebenfalls ins Leben gerufen. In der Zusammenarbeit gilt es nun erste Erfahrungen zu sammeln. Die verschiedenen Themenbereiche werden bearbeitet.

Gemeinderätin Unteregger Schütz Regula (SP): Bereits im letzten Jahr wollte ich das Postulat "Bernstrassenverschönerung" abschreiben lassen. In der Zwischenzeit wurde die Bernstrasse im Abschnitt Bahnhofstrasse bis Dreieckanlage mit "Blumenkistli" geschmückt.

Ratspräsidentin: Zum Verwaltungsbericht 2009 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Über die eingereichten Änderungsanträge ist sofort abzustimmen. Ich wiederhole nochmals deren Wortlaut:

Änderungsantrag Nr. 1: Ziffer e)

Die Motion der FDP-Fraktion vom 3.7.2008 betreffend Zusammenwirken mit regionalen Gremien zur Bewältigung von analog anstehenden Gemeindebelangen bzw. -prozessen ist nicht abzuschreiben.

Änderungsantrag Nr. 2: Ziffer a)

Die Volksmotion vom 8. September 2005 betreffend Wildwuchs von Natelantennen ist nicht abzuschreiben.

Abstimmung

Der Änderungsantrag Nr. 1 von Heinz Gfeller (FDP) wird mit 22 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 2 von Walter Bruderer (FORUM) wird mit 9 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Wir können positionsweise über den gemeinderätlichen Beschluss abstimmen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst den folgenden

Beschluss:

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2009 wird genehmigt. (→ 32 zu 0 Stimmen)
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2009 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:
 - a. Volksmotion vom 8. September 2005 betreffend Wildwuchs von Natelantennen; (→ 9 zu 8 Stimmen)
 - b. Überparteiliche Motion vom 15. Februar 2007 betreffend kostengünstiger Abendtaxidienst zwischen der Bernstrasse und Ostermundigen-Süd; (→ 24 zu 0 Stimmen)
 - c. Motion SP-Fraktion vom 28. Juni 2007 betreffend Ostermundigen baut energiegerecht; (→ 30 zu 0 Stimmen)
 - d. Motion W. Bruderer (FORUM) vom 22. Mai 2008 betreffend ergänzende ÖV-Erschliessung der Südquartiere; Realisierung zusammen mit der Stadt Bern; (→ 31 zu 0 Stimmen)
 - e. Motion FDP-Fraktion vom 3. Juli 2008 betreffend Zusammenwirken mit regionalen Gemeinden zur Bewältigung von analog anstehenden Gemeindebelangen bzw. -prozessen; (→ 22 zu 7 Stimmen)
 - f. Postulat SP-Fraktion vom 18. Mai 2006 betreffend Beach-Soccer/Beach-Volley; (→ 32 zu 0 Stimmen)
 - g. Postulat A. Thomann (SP) und Mitunterzeichnende vom 3. Juli 2008 betreffend Förderung von Alternativenergien in Ostermundigen; (→ 32 zu 0 Stimmen)
 - h. Postulat SVP-Fraktion vom 11. Dezember 2008 betreffend Entscheidungsfristen im VRB; (→ 32 zu 0 Stimmen)
 - i. Postulat SVP-Fraktion vom 14. Mai 2009 betreffend Personalrekrutierung. (→ 32 zu 0 Stimmen)

20.3.01 Jahresrechnungen

18. Gemeinderechnung 2009; Genehmigung

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Hirsiger Ernst (GPK-Präsident): Wenn die GPK zu einer Gemeinderechnung Stellung bezieht, könnte das Gefühl aufkommen, sie hätten einen Skandal entdeckt. Die Stellungnahme bezieht sich ausschliesslich auf die "Verpflichtungskreditkontrolle 2009" (Seite 100 ff) der Jahresrechnung. Aus der Sicht der GPK-Mitglieder sind zu viele Verpflichtungskredite nicht abgerechnet worden, d. h. sie sind noch offen. Dieser Sachverhalt wurde bereits an der GPK-Sitzung vom 17. März 2010 beanstandet. Unklar war zu diesem Zeitpunkt, wer zuständig und wer verantwortlich für die Abrechnung ist. Wie im GPK-Protokoll vom 11. Mai 2010 (Seite 24) festgehalten, werden die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten für die Kreditabrechnungen in Artikel 22 der Gemeindeordnung und Artikel 86 der Verordnung über die Organisation der Gemeindeverwaltung klar geregelt.

Fazit: Die zuständigen Behörden und Instanzen haben ihre Pflichten bei den offenen Kreditabrechnungen nur teilweise wahrgenommen. Ein wirksames Instrument für die Kreditüberwachung scheint zu fehlen. Die Kredite sind in der Regel innert 12 Monaten nach Projektende abzurechnen. Die GPK sieht kurzfristig folgende Lösungsmöglichkeit:

- Die Departementsvorsteher und Abteilungsleitenden haben sich ab sofort verstärkt um die Verpflichtungskreditkontrolle zu kümmern. So kann eine rasche Verbesserung erwirkt werden.
- Die GPK erwartet vom Gemeinderat einen Lösungsvorschlag, wie das Thema "Überwachung von Verpflichtungskrediten" innerhalb von zwei Monaten, d. h. bis zur nächsten GGR-Sitzung, an die Hand genommen wird.

Gemeinderätin Lüthy Ursula (Grüne): Die Departementsvorstehenden zusammen mit ihren Abteilungsleitenden und nicht die Finanzverwaltung sind für die Verpflichtungskreditkontrolle zuständig (siehe auch GPK-Protokoll). Die GPK-Mitglieder erwarten einen Lösungsvorschlag bis zur nächsten GGR-Sitzung. Ist dies ein Antrag oder wie muss das behandelt werden?

Hirsiger Ernst (SVP): Die GPK stellt keinen expliziten Antrag (Art. 18 Abs. 3 GO GGR). Wenn der Gemeinderat Zeit bis zur übernächsten Sitzung braucht, so spielt das keine Rolle.

Ratspräsidentin: Wir können die Eintretensdebatte zur Botschaft vornehmen. Bemerkungen sind unter Angabe der Seiten- und Kontonummern anzubringen.

Wegmann Peter (FDP): Vorweg danke ich dem Gemeinderat und insbesondere Stefan Lanz namens unserer Fraktion für die einmal mehr vorzüglich und transparent erarbeitete Botschaft.

Es ist erstaunlich - aber auch durchaus nachvollziehbar - dass sich gewisse Vorkommnisse wiederholen können. Wie bereits vor einem Jahr präsentiert sich nämlich auch heute die uns vorliegende Rechnung „prima vista“ als erfreulich und verheissungsvoll. Leider aber auch wiederum als trügerisch und verfänglich. Indem nur dank Buchgewinnen von satten gerundet 4,17 Mio. - ähnlich wie im Vorjahr mit 3,95 Mio. Franken - ein positiver Abschluss dargelegt werden kann. Das operative Geschäftsjahr 2009 offenbart uns damit in Tat und Wahrheit eigentlich ein Minus von gerundet 3,866 Mio. Franken.

Zwar haben wir - was weitere Buchgewinne anbetrifft - immer noch ein paar wenige Reservenguthaben in Aussicht bzw. „Pfeile im Köcher“. Trotzdem: Diese Quelle wird nun einmal erschöpft sein. Und dies leider wohl sogar recht bald. Somit gilt es, diese Tatsachen ernsthaft wahrzunehmen und dementsprechend zu agieren. Vor allem obliegt mit Sicherheit keine Veranlassung, nun in Euphorie auszubrechen. Zumal bekanntlich noch etwelche und massive Altlastenbewältigungen bevorstehen. Was bedeutet, dass auch weiterhin noch kein Spielraum für reine Wunschbedürfnisse vorliegt.

Nebst diesen Buchgewinnen offenbart die vorliegende Rechnung für unsere Fraktion aber auch andere Erkenntnisse. Die Wasserversorgung läuft auf defizitärem Geleise. Der gewählte Einlagesatz - gekürzt auf 80 % - mag zwar im Moment vertretbar sei, darf aber nicht „zur Norm“ werden. Auch die Gasversorgung verläuft defizitär und sollte zukünftig zumindest kostendeckend bewirkt werden. Beim Werkhof - an sich ein einfaches Gebiet - vermischen wir eine transparente Kosten- und Leistungsrechnung. Was wir nicht als Qualitätskritik monieren, aber als sinnvolles Führungsinstrument doch sehr begrüßen würden.

Dass sich der Personalaufwand - ich verweise auf meine diesbezügliche Kritik vor Jahresfrist - gegenüber dem Budget als sehr positiv präsentiert, stimmt erfreulich. Allerdings muss dabei erkannt werden, dass vorab glückliche Eintreffnisse bzw. Umstände zu diesem Sachverhalt geführt haben. Und dass sich die Spezialfinanzierungen wie auch der „Tell“ - und dies nebst der unserer Fraktion seit Jahren erhofften und angestrebten Steuersenkung - als grosses „Sorgenkind“ unserer Gemeinde offenbaren, ist nicht neu. Die dazu massgebenden Merkmale sind klar erkennbar:

- Die vorliegende Substanz für Spezialfinanzierungen muss zwingend genügen, um die anstehenden Altlasten bewältigen zu können.
- Der kantonal bevorstehenden Steuerreform muss absolut - in welcher Form auch immer - mit Verstand und wirksam begegnet werden.
- Aber auch in Sachen „Tell“ - dies ist mittlerweile ein über 10 Jahren kostenträchtiges sowie bürger- und vereinsnahes Ärgernis - sind endlich konkrete Grundsatzentscheidungen gefordert. Zumal sich dabei nachhaltige Chancen sowohl für unseren Finanzhaushalt wie auch für unsere Gemeindeentwicklung schlechthin offenbaren. Gemäss der heutigen Traktandenliste werden wir ja noch auf diese zurückkommen.

Folglich obliegt als Fazit, dass diese positiv vorliegende Rechnung nur als zwischenstationär bewertet werden kann. Zumal uns ja eigentlich eine „tiefrote“ Zahl vorliegt. Und wenn wir so „weiterkutschieren“, wird sich diesbezüglich auch für die Zukunft nichts ändern.

- Gefragt ist darum nicht alleine ein erhoffter und steuerlich potenter Bevölkerungszuwachs.
- Gefragt sind vor allem auch nunmehr greifende Massnahmen und Strategien.

Und dies werden wir auch im Hinblick zum bevorstehenden Budget noch gesondert thematisieren. In diesem Sinne stimmt die Fraktion der FDP vorliegenden Rechnung zu. Allerdings ohne grosse Begeisterung.

Bolliger Renate (EVP): Wir haben ein sehr turbulentes Jahr hinter uns, was die Finanzen anbetrifft. Banken, Euro, Staatsbankrott etc.. Die negativen Schlagzeilen rund um die Finanzen waren enorm. Auch die Auswirkungen auf die Wirtschaft sind spürbar mit Arbeitsplatzverlusten, Kurzarbeit, und dies in unserer nächsten Umgebung.

Auch die Nachbargemeinden haben mit roten Zahlen zu kämpfen. Dies war gerade diese Woche Thema in den Tageszeitungen. Daher bin ich schon überrascht, dass es Ostermundigen gelungen ist, eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Ich hatte es ehrlich gesagt anders erwartet. Gewisse Auswirkungen werden sich vielleicht dann auch erst in den nächsten Jahren auf die Rechnung niederschlagen.

Heute können wir von Glück reden, dass das vorliegende Resultat besser als erwartet ist. Und dies trotz der grossen Investitionen für Schulanlagen und Gemeindebetriebe, die im letzten Jahr getätigt wurden. Daher können wir mit dem vorliegenden Resultat für den Moment sehr zufrieden sein.

Aber die Botschaft und die Rechnung liefern einige Fakten, die uns als EVP-Fraktion aufhorchen liessen, wir sind sehr gespannt, wie sich die Finanzlage der Gemeinde in der nächsten Zeit weiter entwickeln wird.

1. Da sind einmal die Steuererträge, die Mindererträge generierten. Dies war zu erwarten, ist jedoch kein gutes Signal! Dieser Abwärtstrend könnte noch weiter gehen. Dass sich die Steuereinnahmen von juristischen Personen halbiert haben, ist natürlich schon bedenklich. Die Rezession ist in unserer Rechnung spürbar, wir können einfach hoffen, dass sich die Wirtschaft bald erholt.
2. Dann sind die Buchgewinne, die einmalige und ausserordentliche Erträge von fast vier Millionen Franken generierten. Dies hat tüchtig mitgeholfen, dass sich die Rechnung gut präsentiert. Wir werden dann sehen, was passiert, wenn einmal keine solchen Erträge mehr zu Buche schlagen.

Für den Moment danken wir dem Gemeinderat und der Finanzabteilung für die solide Arbeit. Die EVP-Fraktion wird die Rechnung genehmigen.

Bruderer Walter (FORUM): Nachträglich besten Dank noch für die beantworteten Fragen zu Rechnung und Verwaltungsbericht zuhanden der letzten GPK-Sitzung. Ich kann mich bei meinem Votum relativ kurz halten.

Einmal mehr sind wir erfreut, dass es trotz einer Ausgangslage die nicht zu grosser Hoffnung Anlass gegeben hat, gelungen ist, die Rechnung wesentlich besser als budgetiert abzuschliessen. Wir stellen einmal mehr mit Genugtuung fest, dass man sich gemeindeintern bemüht, im Rahmen des Budgets zu handeln.

Bei den Mehrwertabschöpfungen mit grossen Beträgen - z. B. jener vom Oberfeld - erwarten wir, dass mit den hohen Einnahmen nicht irgend etwas finanziert wird, sondern dass künftig

den Einnahmen im Finanzplan auch sofort die damit verbundenen, projektbezogenen Ausgaben gegenüber gestellt werden.

Das FORUM stimmt der Gemeinderechnung 2009 zu.

Hirsiger Ernst (SVP): Ich hoffe, dass ich die Dreiminutenlimite einhalten kann. Die SVP-Fraktion nimmt vom positiven Jahresabschluss mit Befriedigung Kenntnis. Der prognostizierte Aufwandüberschuss von 1,155 Mio. Franken ist dank Sondereffekten nicht eingetreten. Einmal mehr konnte die Gemeinderechnung erheblich besser als budgetiert abgeschlossen werden.

Uns stehen magere Jahre bevor. Es bleibt zu hoffen, dass auch die nächsten Jahresabschlüsse nicht so tiefrot ausfallen werden. Bemerkenswert sind die Abweichungen im Gesamtaufwand und vom Gesamtertrag in der Jahresrechnung 2009 im Vergleich zum Voranschlag. Der Gesamtaufwand liegt um 9,6 Mio. Franken (= 10,92 %) und der Gesamtertrag um rund 11 Mio. Franken (= 12,75 %) höher als budgetiert. Unter dem Strich wurde mehr Geld ausgegeben und eingenommen als budgetiert. Wären die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben und die Ausgaben im gleichen Ausmass von 2009 gestiegen, so hätte die Jahresrechnung vermutlich in einem finanziellen Debakel geendet. Für mich als Laie stellt sich die Frage, wie hoch Budgetabweichungen in einer Gemeinderechnung grundsätzlich sein dürfen. Wie genau muss und kann budgetiert werden? In meiner Verantwortung als Gemeindeparlamentarier habe ich hier noch Hausaufgaben zu erledigen. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) kann dazu detaillierte Auskünfte erteilen.

Sorgen bereiten der SVP-Fraktion der Rückgang der Steuererträge von über 1 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag. Innerhalb der letzten zwei Rechnungsperioden sind die Steuereinnahmen sogar um über 3,220 Mio. Franken (- 8,35 %) gesunken. Sollte sich diese Entwicklung ungebremst fortsetzen, hätten wir ernsthaft Anlass zur Sorge.

Die SVP-Fraktion verdankt die geleisteten Arbeiten und empfiehlt dem Parlament die Jahresrechnung 2009 zur Annahme.

Riesen Norbert (SP): Die SP-Fraktion stimmt der Rechnung 2009 zu und dankt für die abgegebenen Unterlagen. Auf eine finanzpolitische Diskussion verzichten wir. Ich habe noch zwei Anmerkungen:

- Die Steuereinnahmen "Kanton/Gemeinde" der natürlichen Personen verzögern sich tatsächlich stets. Der wirtschaftliche Rückgang wirkt somit zeitverschoben. Beim Bund verläuft dieser Sachverhalt etwas besser. Die grösste Einnahmequelle stellt die Mehrwertsteuer dar und diese reagiert sofort auf den Umsatz.
- Wir können uns der Analyse und dem Votum von Peter Wegmann grösstenteils anschliessen. Auch wir sind nicht begeistert von der gegenwärtigen finanziellen Situation.

Gemeinderätin Lüthy Ursula (Grüne): Vielen Dank für die wohlwollende Prüfung der Gemeinderechnung. Zu einigen Voten möchte ich noch Ergänzungen anbringen.

Steuereinnahmen: Die Wirtschaftslage hat sich noch nicht so stark auf die Steuererträge ausgewirkt. Die Steuergesetzrevision hat sich hauptsächlich auf die natürlichen Personen ausge-

wirkt. Dieser Umstand kostet die Gemeinde Ostermundigen einen halben Steuerzehntel. Die juristischen Personen werden nach Erfahrungswerten budgetiert. Eine genaue Budgetierung ist sehr schwierig vorzunehmen. Dabei handelt es sich nicht um ein Ostermundigen spezifisches Problem.

Zu den Voten von Walter Bruderer und Ernst Hirsiger betreffend grosse Abweichungen Budget/Rechnung von über 10 %: Dieser Missstand hat vor allem mit der Mehrwertabschöpfung (Konto 112.318.10) zu tun = Oberfeld 8,724 Mio. Franken. Der Betrag wurde in die Spezialfinanzierung überführt. Diese Einnahme konnte nicht budgetiert werden, da der Eingang des Betrages nicht bekannt war. Die Beträge aus den Mehrwertabschöpfungen werden gemäss Reglement eingesetzt.

Ratspräsidentin: Eine departementsweise Diskussion wird nicht gewünscht. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Gemeinderechnung für das Jahr 2009, abschliessend mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 303'383.82, wird genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss wird dem Eigenkapital (Konto 2390.101) gutgeschrieben.

Allgemeine Finanzlage aus der Sicht des Gemeinderates

Gemeinderätin Lüthy Ursula (Grüne): Die Rechnung 2009 konnte zwar besser abgeschlossen werden als vorgesehen, statt eines budgetierten Defizits von 1,2 Mio. Franken wurde ein Überschuss von 0,3 Mio. Franken erzielt. Ein Rechnungsüberschuss ist aber nur deshalb möglich geworden, weil ausserordentliche und einmalige Buchgewinne von 4,2 Mio. Franken vereinnahmt werden konnten. Diese Buchgewinne – welche aus dem Verkauf von unterbewerteten Liegenschaften und Grundstücken (Auflösung von stillen Reserven) angefallen sind und die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre verbessert haben – werden in den nächsten Jahren weitgehend ausbleiben, weil gegenwärtig keine Güter mehr vorhanden sind, welche mit einer Wertsteigerung gegenüber dem Buchwert in der Bestandesrechnung veräussert werden können. Das ist der eine Grund, weswegen sich die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde für die Zukunft drastisch verschlechtern werden, was im Finanzplan der Jahre 2010 - 2014 bereits dargestellt worden ist.

Es kommt hinzu, dass sich die vom Grossen Rat des Kantons Bern kürzlich beschlossene Steuergesetzesrevision massiv auf den Finanzhaushalt der Gemeinden auswirken wird. Die beschlossenen Änderungen werden Ertragsausfälle von rund 0,7 Steuerzehntel ausmachen, was für Ostermundigen einem Betrag von ca. 1,4 Mio. Franken entspricht. Damit verschlechtern sich die Ergebnisse des erwähnten Finanzplans zusätzlich, und es muss nun davon ausgegangen werden, dass für den Voranschlag 2011 und 2012 mit einem Fehlbetrag von je rund 4 Mio. Franken gerechnet werden muss. Die Defizite setzen sich in den Folgejahren in

etwas abgemilderter Form fort, und es muss erwartet werden, dass das vorhandene Eigenkapital von 15 Mio. Franken innert kürzester Frist - etwa bis zum Jahr 2014 - vollständig abgebaut sein wird, wenn nicht rechtzeitig korrigierende Massnahmen eingeleitet werden.

Der Gemeinderat hat daher eine Arbeitsgruppe gebildet, welche die Aufgabe hat, Massnahmen vorzuschlagen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, um die zukünftigen Rechnungsergebnisse zu verbessern. In den Budgetzielen, die Anfang Juni vom Gemeinderat beschlossen und anschliessend dem Parlament in schriftlicher Form zu Kenntnis gebracht werden, sind die vorgesehenen Massnahmen und Handlungsmöglichkeiten formuliert.

An dieser Stelle möchte ich auch nochmals darauf hinweisen, dass das "unser Problem" nicht eigentlich die Ausgaben, sondern die Einnahmen sind. Wir haben dies ausführlich dargelegt in unserer Begründung zum SVP-Postulat betreffend Steuersenkung.

Die Gemeindeverwaltung geht haushälterisch mit ihren Mitteln um und der Gemeinderat wird in Zukunft angesichts der verschärften Lage noch grösseres Gewicht auf einen optimalen Einsatz der Finanzen legen.

13.5.16 Informatik (ICT)

19. Schule: Umsetzung Lehrplanteil Informatik (ICT); Kreditabrechnung

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Löhner Sandra (CVP): Ich bin Mitglied der Schulkommission und konnte das Projekt "ICT" mitverfolgen. Für die Schüler- und Lehrerschaft handelt es sich hier um ein wichtiges Arbeits- resp. Unterrichtsinstrument. Eine moderne Infrastruktur wurde zur Verfügung gestellt und dieser Sachverhalt wertet die Schullandschaft von Ostermundigen massiv auf. Das Ganze hat einen positiven Effekt zugunsten der Schulen. Es ist eine Technik und ein Mittel zum Zweck. Im Zentrum stehen nach wie vor die Schüler- und Lehrerschaft. Mit diesem guten Projekt wird dargelegt, wie im Informatikbereich Kosten gespart werden können.

Ich möchte alle Ratsmitglieder nochmals auf den Besuchstag vom 18. Juni 2010 in der Schulanlage Mösli mit Thema "EDV unterstützter Schulunterricht" aufmerksam machen. Eine Einladung wurde bereits zugestellt.

Bruderer Walter (FORUM): Die neuartige Erfolgskontrolle verdient eine positive Würdigung. Aussagefähiger wären zwar Noten statt +/-Smileys, wobei die Noten durchaus über jenen der YB-Spieler in der BZ liegen dürfen.

Die Implementierung der EDV scheint auf der technischen Seite problemlos zu sein. Bezüglich „Anwendung/Unterricht“ gibt es offenbar noch einige Lücken und Verbesserungsmöglichkeiten. Nicht alle Lehrkräfte scheinen genügend motiviert oder bereits in der Lage zu sein, die nicht immer einfache EDV-Technik zum Wohle der Jungen optimal einzusetzen. Nicht nur Erwachsene lernen bekanntlich schneller, wenn sie Bilder sehen, die miteinander sinnvoll verknüpft und gleichzeitig gut erläutert sind und allenfalls auf einer CD mit nach Hause genommen werden könnten. Das Interesse der Schülerinnen und Schüler am Schulstoff wird bei gutem EDV-Einsatz wahrscheinlich in vielen Fällen wesentlich grösser.

Zeyer Christian (SP): Wir haben die Unterlagen studiert. Die Kostenkontrolle wurde durchgeführt. Für uns kommt zu wenig zum Ausdruck: Was passiert mit dem Projekt im Einsatz und welche Kosten werden generiert (Support der Lehrerschaft, Druckkosten etc.)? Für die Gemeinde dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Gfeller Heinz (FDP): Die FDP-Fraktion dankt für das gute Projekt. Eine gute Projektleitung ist ein Mittel zum Zweck, um Geld zu sparen.

Gemeinderat Iten Thomas (SP): Besten Dank für die Feedbacks. Ich möchte zu einigen Fragen wie folgt Stellung nehmen:

Votum Sandra Löhner betreffend Informationsanlass: Ich kann allen Parlamentsmitgliedern den Besuch der EDV-unterstützten Lehrstunde empfehlen. Die Umsetzung von ICT muss laufend überprüft werden.

Votum Christian Zeyer betreffend Supportkosten: Ein erster Zwischenbericht zu den Erfahrungen "Firstlevel-Support" kann bei mir eingesehen werden. Das Drucksystem kennt die Kreditlimite, welche im Unterricht nicht überschritten werden kann. Ausserdem steht eine Fachgruppe ICT im Einsatz. Sie kontrolliert den Betrieb und schaut, dass das Ganze nicht ins uferlose ausartet.

Die Arbeit nach Methode "Hermes" ist anspruchsvoll und interessant. Doch für grosse Projekte hat auch diese Methode ihre Tücken.

Ratspräsidentin: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung über „Schule; Umsetzung des Lehrplanteils "Informatik"; Kreditabrechnung“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 1'100'440.55, wird Kenntnis genommen.

42.2.43 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt

20. Wegmühlegässli/Wiesenstrasse: Ersatz der Wasserleitungen - Kreditabrechnung

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Der GGR fasst ohne Diskussion einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung über „Wegmühlegässli/Wiesenstrasse; Ersatz Wasserleitungen“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 406.729.35 (exkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

10.3.72 Motionen
10.0.11 Reglemente Gemeinde

22. Überparteiliche Motion für eine effizientere Behandlung von parlamentarischen Vorstössen; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR eine Änderung der rechtlichen Grundlagen zu unterbreiten, mit der die Behandlung von parlamentarischen Vorstössen verbessert werden soll. Parlamentarische Vorstösse sollen dem GGR in Zukunft zusammen mit einer begründeten Stellungnahme des Gemeinderates unterbreitet werden.

Ratspräsidentin: Zu diesem Geschäft wurde bereits vorgängig ein gemeinderätlicher Antrag verteilt.

Nova Colette (SP): Das abgegebene Schreiben seitens des Gemeinderates macht klar, dass er das Anliegen unterstützt und uns eine möglichst praktische Umsetzung vorlegt. Ich möchte dem Parlament beliebt machen, den gemeinderätlichen Antrag in dieser Form zu überweisen.

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Auch ich kann es kurz machen. Das Anliegen rennt offene Türen ein. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Eine schriftliche Stellungnahme des Gemeinderats trägt zur besseren Vorbereitung der Ratsmitglieder und zu einem effizienteren Sitzungsablauf bei. Zur Erfüllung dieses Anliegens muss die Geschäftsordnung des GGR (Art. 53 Abs. 1, Art. 54.2 und Art. 55.2) geändert werden. In all diesen Bestimmungen muss der Gemeinderat eingereichte Vorstösse auf die Traktandenliste der nächstfolgenden Sitzung setzen. Will das Parlament eine schriftliche Stellungnahme des Gemeinderats, kann dieser Terminraster nicht eingehalten werden. Der Gemeinderat muss in diesem Fall die Möglichkeit haben, die Vorstösse spätestens für die übernächste Sitzung auf die Traktandenliste zu setzen. Das heisst, Vorstösse werden nicht mehr innert 30 Tagen behandlungsreif sein.

Der Gemeinderat beabsichtigt, diese Änderung der GO GGR zusammen mit den aus der Behörden- und Verwaltungsreform (BVR) resultierenden und anderen Änderungen nach der Volksabstimmung zur BVR im Frühling 2011 in eine Teilrevision einfliessen zu lassen. Bis dahin ist der Gemeinderat aber bereit, freiwillig schriftliche Stellungnahmen zu Vorstössen abzugeben, sofern das Parlament seinerseits bereit ist, freiwillig auf die zwingende Behandlung an der nächstfolgenden Sitzung zu verzichten.

Ratspräsidentin: Die Erstunterzeichnerin hat die Anpassungen im Wortlaut der Motion genehmigt. Das Parlament kann über den gemeinderätlichen Antrag, wie auf dem grünen Blatt vermerkt, abstimmen. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die überparteiliche Motion betreffend effizientere Behandlung von parlamentarischen Vorstössen wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.
2. Zur sofortigen Umsetzung der Motion verzichtet der Grosse Gemeinderat freiwillig auf die zwingende Behandlung von Vorstössen, die mindestens 30 Tage vor der nächsten Sitzung (Art. 53.1 GO GGR) eingereicht werden. Der Gemeinderat erhält die Möglichkeit, Vorstösse spätestens an der übernächsten Sitzung behandeln zu lassen. Im Gegenzug wird der Gemeinderat beauftragt, ab sofort zu eingereichten Vorstössen schriftlich Stellung zu nehmen. Die schriftlichen Stellungnahmen werden den GGR-Mitgliedern zusammen mit dem ordentlichen Versand der Sitzungsunterlagen zugestellt.
3. Diese Übergangslösung wird ins Revisionspaket der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates aufgenommen und dem Parlament zu gegebener Zeit als „Änderung der GO GGR“ zum Entscheid unterbreitet.

10.3.72 Motionen
40.3.11 Verkehrsplanung, Allgemein

23. Motion FORUM-Fraktion betreffend Abweisung von Transitverkehr durch Ostermundigen sowie Temporeduktion zwischen "COOP Rütliweg und Rörswil"; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, bei Rörswil die Ein-/Ausfahrt mit Motorfahrzeugen für den Transit durch Ostermundigen zu unterbinden, die Geschwindigkeit im erwähnten Strassenabschnitt zu reduzieren, mit dem Ziel,

- a. mehr Wohnqualität und verbesserte Sicherheit für die Anwohner zu erreichen sowie*
- b. die ÖV-Fahrzeuge (Bus, Tram) im jederzeit problemlosen Vorwärtskommen zu unterstützen.*

Begründung

Immer mehr Auto- und Töfffahrer benützen die Bernstrasse als Transitweg via Ostermundigen. Doch bereits heute gibt es nicht nur während der „Rushhours“ mehr als genug Verkehr auf der Bernstrasse, was einerseits zu vermeidbarem Lärm und Abgasen zu Lasten der Anwohner führt und andererseits die Sicherheit aller Strassenbenützer vermindert. Ausserdem werden die Busse im fahrplanmässigen Vorwärtskommen behindert. Solange die Ein-/Ausfahrt bei Rörswil nicht gesperrt ist und die Ersatzstrasse durch die Küntigrube fehlt, muss mindestens der viel benützte Transitweg durch Ostermundigen von/nach Deisswil für Motorfahrzeuge verhindert werden. Möglichkeiten, dies im erwähnten Strassenbereich zu tun, gibt es mehrere: Wegweiser, Signalisationen, Temporeduktion und -überwachung, Schnellfahrt-Hindernisse usw. Ein analoger Vorstoss vom 14.1.1993 ist noch hängig. Im Verwaltungsbericht 2006 war zu lesen: Die „Einfahrt Steingrübli“ wird durch den Verzicht auf eine sofortige Erstellung der Entlastungsstrasse durch die Grube vergrössert. Im Verkehrskonzept werden Massnahmen im Steingrübli von der Entlastungsstrasse abhängig gemacht. Inzwischen wissen wir, dass das Oberfeld überbaut wird und die Tramplanung läuft. Die nötigen Massnahmen daraus sind jetzt einzuleiten und rasch umzusetzen. Die Motion von 1993 kann abgeschrieben werden, sofern dieser Vorstoss zur Ausführung durch den Gemeinderat überwiesen wird.

Bruderer Walter (FORUM): Der öffentliche Verkehr muss auf allen Linien immer problemlos vorwärts kommen, besonders auch auf der Bernstrasse. Verkehrsteilnehmende aus dem/zum Worblental benützen oft die Bernstrasse, weil die Umfahrungsstrasse zu wenig leistungsfähig ist. Vermeidbarer Verkehr (vor allem Transitverkehr) ist jedoch unbedingt von Ostermundigen fern zu halten (positive Folgen für die Anwohnerschaft: Mehr Sicherheit, weniger Immissionen).

Die neuen Siedlungen Oberfeld, Jurablickweg, Hättenberg und Rütihoger verursachen Zusatzverkehr für die Bernstrasse. Es ist von 1'800 zusätzlichen Einwohnern die Rede. Nötig sind darum:

- schliessen der Ein-/Ausfahrt (Transit) bei Rörswil für den miV-Transit via Ostermundigen zum/vom Worblental und Bern

- erstellen einer für die Anwohnerschaft problemlosen Ersatzstrasse via Küntigrube. Sie wurde im Rahmen der Überbauung Oberfeld bei der ersten abgelehnten Vorlage in Aussicht gestellt. Das Volk hat vor der Zustimmung zur zweiten Vorlage die geplante Strassenbaulinie durch die Küntigrube durchaus gekannt. Diese neue Strasse durch die Küntigrube kann so erstellt werden, dass sie alle Anwohnern, auch jenen an der Wiesenstrasse keine Probleme gibt.

Wir bitte das Parlament, die Motion zu überweisen.

Gemeinderätin Unteregger Schütz Regula (SP): Die Beantwortung der Fragen lautet:

1. Der Motionär erwähnt zu Recht, dass die gleiche Forderung nach einem Verbot für den Transitverkehr noch hängig ist. Eine ähnliche Motion aus dem Jahr 1993 verlangt, „dass die Einfahrt beim Steingrübli nach Ostermundigen von Deisswil her mit ebenfalls billigen Mitteln entweder zu erschweren oder gar zu unterbinden sei“. Die neue Motion enthält nun zusätzlich noch die Forderung einer Temporeduktion.

2. Wesentlicher Grund, warum das Transitverbot bisher nicht umgesetzt wurde, ist, weil das Problem mit der Anlieferung der Migros mit Lastwagen nicht gelöst ist. Zudem bedingt das Problem neu entstehender Verkehrsströme, welche den öffentlichen Verkehr im Zentrum behindern, eine Entlastungsstrasse durch die Grube.

Diese Frage ist sehr aktuell und muss aufgrund des Tramprojekts entschieden werden. Neuste Verkehrsmessungen zeigen, dass die Wirkung einer Entlastungsstrasse noch nicht klar belegt ist. Die Abklärungen müssen daher noch vertieft werden.

3. Die Polizeikommission hat bereits 1993 im Zusammenhang mit der ersten Motion bezüglich der Sperrung im Steingrübli aus nachvollziehbaren Gründen, verkehrslenkende, signalisationstechnische Massnahmen mit der Begründung abgelehnt, dass eine solche Signalisation nicht kontrollierbar ist. Mehrverkehr im Zentrum und auf Schulwegen generiert Schleichverkehr durch die Quartiere.

4. Es sind aber eine ganze Reihe von Massnahmen ergriffen worden, welche die Wohnqualität und die Sicherheit der Anwohnerschaft in den letzten Jahren verbessert haben. Es sind dies:

- Vortrittsänderung im Knoten Rütieweg/Bernstrasse im Jahr 2000;
- Aufmalen von Radstreifen im Abschnitt Steingrübli und Rütieweg, welche den Strassenraum optisch einengen, im Jahr 2008;
- Einbau lärmämmender Beläge im Jahr 2007.

Auch werden die vom Parlament geforderten Lärmwerte in diesem Bereich nicht überschritten.

Zudem zeigen die 2007 gemachten Geschwindigkeitsmessungen, dass bei 85 % aller Fahrzeuge die Geschwindigkeit zwischen 47 und 49 km/h liegt und die vorgeschriebene, signalisierte Höchstgeschwindigkeit grundsätzlich eingehalten wird. Dies entspricht in etwa anderen Abschnitten auf der Bernstrasse.

5. Zum Unterstützen des problemlosen Vorwärtkommens der ÖV-Fahrzeuge (Bus, Tram) folgende Abschätzung:

Neuste Verkehrsmessungen haben gezeigt, dass die Ursache des heutigen grossen Verkehrsaufkommens im Gebiet Wegmühlegässli bis Waldeck liegt. Es wäre aus heutiger Sicht somit falsch anzunehmen, dass eine Sperrung im Steingrübli auf der ganzen Bernstrasse die gewünschte Entlastung bringen würde.

Fazit des Gemeinderates: Die Motion ist abzulehnen.

Mahler Rudolf (SP): Die Motion ist ein sympathisches Anliegen. Das Vorhaben ist, wie die Departementsvorsteherin vorgängig ausgeführt hat, leider nicht durchführbar. Sie hat uns diverse Gründe erwähnt. Um trotzdem eine Verbesserung der Sicherheit sowie der Lärmsituation zu erreichen, schlage ich auf diesem Strassenabschnitt eine Temporeduktion vor. Der Wortlaut sollte in diesem Sinn abgeändert werden, als dann kann die SP-Fraktion der Motion zustimmen.

Bruderer Walter (FORUM): Besten Dank für die konstruktive Aufnahme und die erwähnte Textkorrektur. Ich habe ausschliesslich vom Transitverkehr gesprochen.

Das Tram muss besser verkehren können als die heutige Busführung, d. h. der Fahrplan soll über die nächsten 20 Jahre den ganzen Tag eingehalten werden können. In absehbarer Zeit werden wir 10 bis 12 Prozent mehr Einwohner in Ostermundigen haben. Diese Neuzuziehenden werden bestimmt Mehrverkehr generieren. Eine Paketbildung der Busse wie heute oftmals feststellbar, soll mit der neuen Tramlinie 10 verhindert werden.

Ich bin gerne bereit, den Wortlaut mit den Äusserungen von Rudolf Mahler anzupassen.

Rippstein Eduard (CVP): Wir haben heute Abend bereits über die Finanzen gesprochen. Wenn der Bereich Bernstrasse/Rütiweg in ungefähr drei Jahren umgestaltet wird, so kann bis dann mit einer neuen Torsituation zugewartet werden.

Tempolimite: In den Wortlaut ist aufzunehmen, dass die Tempolimite zu prüfen ist. Es gibt gesetzliche Vorlagen und auf gewissen Strassen darf die Geschwindigkeitsbegrenzung nicht unter 50 km/h gesetzt werden, ansonsten würden bauliche Massnahmen notwendig.

Hirsiger Ernst (SVP): Die SVP-Fraktion ist bestimmt kein Ableger der Autopartei. Wir wollen in diesem Strassenabschnitt nichts ändern und wir wollen auch keine Temporeduktion.

Ratspräsidentin: Der neue Wortlaut heisst: *"Der Gemeinderat wird beauftragt, die Geschwindigkeit im erwähnten Strassenabschnitt zu reduzieren, mit dem Ziel mehr Wohnqualität und verbesserte Sicherheit für die Anwohnerschaft zu erreichen."*

Wegmann Peter (FDP): Das Vorgehen ist nicht schlecht. Eduard Rippstein hat etwas sehr wichtiges erwähnt: Zusätzliche bauliche Massnahmen dürfen nicht ausgeführt werden.

Rippstein Eduard (CVP): Das Gesetz schreibt vor, dass Strassen mit Temporeduktion im Querschnitt eingeengt werden müssen. Deshalb ist im Wortlaut zu erwähnen: "Eine Temporeduktion ist zu prüfen."

Gemeinderätin Unteregger Schütz Regula (SP): Ich bin absolut offen für eine Umwandlung der Motion in ein Postulat, d. h. im Sinne von überprüfen. Wie Eduard Rippstein erwähnt hat, müssen gewisse gesetzliche Vorlagen geprüft resp. eingehalten werden. Der Gemeinderat zeigt sich bereit, das Geschäft als sogenannter Überprüfungsauftrag entgegen zu nehmen.

Bruderer Walter (FORUM): Ich bin bereit, die Motion in ein Postulat umwandeln zu lassen. Doch mit der Wohnqualität muss etwas geschehen.

Ratspräsidentin: Ich verlese den Wortlaut des neuen Postulates FORUM-Fraktion betreffend Abweisung von Transitverkehr durch Ostermundigen sowie Temporeduktion zwischen "Coop Rütliweg und Rörswil".

"Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, die Geschwindigkeit im erwähnten Strassenabschnitt zu reduzieren, mit dem Ziel mehr Wohnqualität und verbesserte Sicherheit für die Anwohnerschaft zu erreichen."

Der GGR fasst mit 24 zu 8 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion FORUM-Fraktion betreffend Abweisung von Transitverkehr durch Ostermundigen sowie Temporeduktion zwischen „COOP Rütliweg und Rörswil“ wird begründet, im Wortlaut abgeändert, in ein Postulat umgewandelt, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72 Motionen
10.17.50 Saalbau „Tell“, Allgemeines, Tarif etc.

24. Motion EVP-Fraktion betreffend Vermietung des Tellsaals an die Business Academy Corp. und Erstellung von Vermietungskriterien; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt,

- a. die Vermietung des Tell-Saals an die umstrittene Business Academy Corp. zu überprüfen sowie den Mietvertrag unverzüglich zu kündigen;*
- b. falls noch nicht vorhanden, Kriterien für die Vermietung des Tellsaals zu erstellen.*

Begründung

Die Gemeinde Ostermundigen vermietet den Tell-Saal jeweils Montag- und Dienstagabend an die Business Academy Corp., eine Firma, welche im Bereich „persönliche und finanzielle Entwicklung“ Seminare und Trainings anbietet. Dabei werden vorwiegend junge Leute angelockt.

Regelmässig gerät die Business Academy Corp. in die Schlagzeilen. Gegen die Firma wurden schon mehrere Klagen erhoben. Seit März 2009 läuft bei der Zürcher Staatsanwaltschaft eine Strafuntersuchung, eingeleitet durch die Stiftung für Konsumentenschutz. Auch der K-Tipp hat das Unternehmen im Visier. Es steht dort auf der Warnliste „Allgemeine Konsumentenfallen und Firmen, zu denen bei K-Tipp, Saldo oder Kassensturz viele Reklamationen eingehen“.

Zur weiteren Begründung gilt der Artikel „Business Academy Corp.: Vorsicht“ der Stiftung für Konsumentenschutz vom September 2009 als Bestandteil dieser Motion.

Die EVP-Fraktion ist der Meinung, es sei unserer Gemeinde unwürdig und ethisch nicht vertretbar, den gemeindeeigenen Tell-Saal an eine solche Firma zu vermieten.

Es ist notwendig, dass der Gemeinderat für die Vermietung des Saals Kriterien mit klaren Vorgaben, welche ethische Grundsätze berücksichtigen, erstellt.

Wagner Rahel (EVP): Unsere Motion betreffend Vermietung des Tellsaals an die Business Academy Corporation hat bereits die Aufmerksamkeit der Medien auf sich gezogen. Für die interessanten Berichterstattungen und die genauen Recherchen danke ich den Journalistinnen von "Berner Zeitung" und "Der Bund" ganz herzlich. Die Fakten über die Firma liegen durch unsere Begründung in der Motion sowie die Artikel in den beiden Zeitungen klar auf dem Tisch.

Die EVP wurde durch ein Mail einer Veranstaltungsbesucherin im Tell darauf aufmerksam, dass der Saal an die genannte Firma vermietet wird. Allerdings mietet die Business Academy den Tellsaal unter einem andern Firmennamen. Das ist typisch für dieses Unternehmen. Es tritt unter ganz verschiedenen Namen auf. Deshalb wissen auch viele Veranstaltungsbesucherinnen und -besucher nicht gleich Bescheid, um welche Firma es sich wirklich handelt.

Schaut man die Handelsregistereinträge der verschiedenen Firmennamen in der Schweiz im Internet durch, fällt einem vor allem eines auf: Die Namen und Wohnorte der Verwaltungsrä-

te sind allesamt nicht im Telefonbuch zu finden. Die Namen sind zudem teilweise so kurios, dass man auf den ersten Blick erkennen kann, dass etwas nicht stimmt.

Die Firma ist nicht fassbar. Gerichtsstand ist der Karibikstaat St. Vincent und die Grenadinen. Die Visitenkarten der Agenten, welche den Teilnehmenden abgegeben werden, enthalten zwar einen Namen. Als Adresse ist jedoch nur ein Postfach angegeben, zudem Handy-Nummer und Mail-Adresse. Von „Business Academy“ steht gar nichts drauf. Auch auf der Website der Academy ist nur ein Postfach in Balzers, Liechtenstein, angegeben. Die Firma hat zudem einige Strafanzeigen am Hals.

Ganz klar kann diesem Unternehmen kein Vertrauen entgegen gebracht werden, auch wenn es die Mieten für den Tell pünktlich bezahlt. Es kann nicht sein, dass eine politische Gemeinde ein gemeindeeigenes Mietobjekt an eine Firma vermietet, welche derart in den negativen Schlagzeilen steht und vor der schweizweit gewarnt wird. Die Gemeinde hat zwar ihren Mietzins. Aber die Gerichte, Konsumentenschutzorganisationen und sozialen Einrichtungen für junge Erwachsene können dann die Folgen ausbaden. Brisanterweise haben Recherchen ergeben, dass sich auch das Sozialamt Ostermundigen in zwei Fällen mit dieser Firma konfrontiert sah. In einem Fall konnte die betroffene Person von einem Vertragsabschluss abgehalten werden. Im andern Fall kam es zu einer Anzeige. Es ist klar, dass die Gemeinde nicht einer Firma Gastrecht geben kann, vor der die eigene Verwaltung warnen muss.

Es ist deshalb dringend, dass die Gemeinde Kriterien zur Vermietung des Tellsaals ausarbeitet. Es darf nicht nur um eine möglichst gute Auslastung des Saals gehen. Gerade eine politische Gemeinde hat auch Vorbildfunktion und sollte sich aus Geschäften mit solch dubiosen Firmen wie der Business Academy heraushalten.

Unsere Gemeinde kann heute ein Zeichen setzen, indem sie den Mietvertrag mit der Academy kündigt. Es wäre ein Zeichen, dass sich die Gemeinde von den Machenschaften der Firma ganz klar distanziert. Dieser Schritt hätte Signalwirkung und unterstützt die Bemühungen der Konsumentenschutzorganisationen im Kampf gegen diese Firma.

Ich bitte den Rat um Überweisung der Motion.

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Ich gehe davon aus, dass die Aktivitäten der Business Academy weder beim Gemeinderat noch beim Grossen Gemeinderat grosse Begeisterung auslösen können. Es ist nicht ersichtlich, inwiefern die Business Academy einen konkreten Nutzen generieren würde, der für die Allgemeinheit von Interesse wäre. Tatsache ist aber auch, dass sich die Business Academy gegenüber der Gemeinde stets korrekt verhalten und z. B. die Mieten anstandslos bezahlt hat.

Tatsache ist weiter, dass die Business Academy nationalen und kantonalen Behörden seit längerer Zeit bekannt ist. Verschiedentlich ist von juristischer Seite geprüft worden, ob sich deren Aktivitäten mit der Rechtsordnung vertragen. Die Business Academy gibt es nach wie vor - offenbar ist ihre Tätigkeit legal.

Für den Gemeinderat ist klar, dass der Tell Organisationen, die einer illegalen Tätigkeit nachgehen, nicht zur Verfügung gestellt wird. Legalen Organisationen steht die Tür jedoch grundsätzlich offen. Zusätzliche Kriterien, die gewisse Organisationen generell ausschliessen würden, gibt es nicht. Beim heutigen Betriebskonzept für den Tell ist das auch eine richtige, zweckmässige Haltung.

Das heutige Tell-Konzept basiert auf den folgenden Überlegungen:

- Der Tell ist Eigentum der Gemeinde und wird von ihr unterhalten, weil die Gemeinde sicherstellen will, dass den Vereinen in Ostermundigen ein Saal zur Verfügung steht.
- Der Tellsaal ist jedoch nicht ausschliesslich ein Vereinssaal, d. h. der Saal wird nicht ausschliesslich Vereinen zur Verfügung gestellt. Der Saal wird auch für private oder kommerzielle Anlässe vermietet.
- Die Gemeinde hat die Stelle „Leiter Tell“ geschaffen. Der Leiter hat den Auftrag, für eine möglichst hohe Auslastung des Saals zu sorgen. Dabei werden zwei Ziele verfolgt: Die Anlässe im Tell sollen das Ortsleben bereichern, und die hohe Auslastung soll Einnahmen generieren.
- Eine hohe Auslastung kann ohne private und kommerzielle Anlässe nicht erreicht werden. Das bedeutet: Die privaten und kommerziellen Anlässe sind wichtige „Säulen“ des heutigen Betriebskonzepts und nicht etwa Rand- oder Nebenerscheinungen.
- Sollen die privaten und kommerziellen Anlässe stark eingeschränkt werden, muss das ganze Konzept neu überdacht werden.

Die Motionäre verlangen ethische Kriterien für die Vermietung des Saals, geben konkret aber keine solchen Kriterien an. Der Gemeinderat sieht keine geeigneten Kriterien, um bei kommerziellen Anlässen zwischen korrekten und nicht tolerierbaren Anlässen unterscheiden zu können. Die Kundschaft zu unüberlegten Käufen oder Zahlungen zu verleiten, ist mit Sicherheit keine lobenswerte Tätigkeit – aber wo ist die Grenze und kann sie so präzise definiert werden, dass es im konkreten Fall nicht zu willkürlichen Entscheiden kommt?

Willkürliche Entscheide lassen sich mit dem Demokratieverständnis nicht vereinbaren. Um Anlässe wie diejenigen der Business Academy zu verhindern, müsste aus Sicht des Gemeinderats der Benutzerkreis neu definiert werden. Falls in Zukunft der Saal ausschliesslich für Vereinsanlässe, kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte und Theater, sowie private Feste zur Verfügung gestellt werden soll, wäre aus Sicht der Demokratie nichts gegen diese Definition einzuwenden. Mit dieser Definition würden die Anlässe der Business Academy ausgeschlossen – allerdings auch alle andern kommerziellen Anlässe. Mit der Diskussion des Saalkonzepts will der Gemeinderat diese Diskussion führen und entscheiden, ob das Betriebskonzept neu konzipiert wird oder nicht. Das Saalkonzept ist in Arbeit und diese Diskussion wird noch dieses Jahr geführt. Für die kurze, verbleibende Zeit will der Gemeinderat keine kurzfristigen Änderungen beim aktuellen Betriebskonzept vornehmen.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die Vermietung des Tellsaals an die Business Academy im Einklang steht mit dem heutigen Betriebskonzept und eine Kündigung des laufenden Vertrags willkürlich wäre. Er ist auch nicht bereit, kurzfristig neue Kriterien für die Vermietung der Räume zu definieren. Deshalb ist er nicht bereit, die Motion entgegen zu nehmen.

Der Vollständigkeit halber muss auch bei dieser Motion darauf hingewiesen werden, dass gemäss Art. 64 Abs. 1 Ziff. f der Gemeindeordnung ausdrücklich der Gemeinderat für die Vermietung von Räumlichkeiten zuständig ist.

Der Gemeinderat will der Diskussion jedoch nicht ausweichen. Das Saalkonzept, das zurzeit erarbeitet wird, ist für den Gemeinderat nicht nur ein Raumkonzept, sondern auch ein Betriebskonzept. Es ist deshalb zwingend notwendig, bei der bevorstehenden Diskussion über

das Saalkonzept festzulegen, ob das Betriebskonzept für den Saal neu ausgerichtet wird oder nicht.

Rippstein Eduard (CVP): Ich bin von der gemeinderätlichen Antwort enttäuscht. Das Ortsleben bereichern, bedeutet nicht, dubiose Firmen in Ostermundigen zu bewirten. Es steht dem Eigentümer frei, Mieter zu wählen oder abzuweisen. Einer hohen Vermietungsauslastung kann ich zustimmen, doch diese Auslastung darf nicht mit undurchsichtigen Firmen erzielt werden. Wenn der Gemeinderat diesem Vorgehen nicht zustimmen kann, sind wir gezwungen, die Motion zu unterstützen.

Nova Colette (SP): Als Juristin kann ich nachvollziehen, dass es schwierig ist, abstrakte Normen zu formulieren. Wir wollen keine schwarzen Schafe im Tell. Es ist offensichtlich, dass die Business Academy zu diesen schwarzen Schafen gehört. Aus diesem Grund schlage ich dem Parlament vor, die Position b) im Wortlaut zu streichen.

Wagner Rahel (EVP): Ich bin sehr enttäuscht über die gemeinderätliche Antwort. Der Schaden, welche die Business Academy angerichtet hat, ist allen bekannt. Dieser Firma ist das Handwerk zu legen, und dass der Gemeinderat dabei nicht mithelfen will, kann ich nicht verstehen. Einmal entscheidet der Gemeinderat so und gibt der Business Academy das Recht, ihre Seminare im Tell zu veranstalten und andererseits tritt das Sozialamt gegen diese Firma an. Dieser Zustand ist unakzeptabel.

Colette Nova hat mich mit der Streichung des zweiten Absatzes überzeugt. Ich sehe nicht ein, wieso dubiose Firmen von Mietverträgen nicht ausgeschlossen werden können.

Riesen Norbert (SP): Grossen Dank der EVP für die Aufdeckung der Machenschaften und den damit verbundenen politischen Vorstoss. Wir müssen realistisch bleiben. Mit einem Reglement können diese Probleme nicht ohne Weiteres definitiv gelöst werden.

Ich bin nicht der Meinung, dass die Gemeindeverwaltung resp. der Leiter Tell bei der Vermietung grosse Fehler gemacht haben. Eingehende Recherchen über Firmen, welche den Tellsaal mieten wollen, können mit den geltenden Rahmenbedingungen nicht vorgenommen werden.

Bereits 1999 habe ich einen Vorstoss "Faire Partner" (z. B. Mindestlöhne, einhalten des GAV von Firmen, welche mit der Gemeinde Ostermundigen zusammenarbeiten etc.) eingereicht. Der Grundsatz von "Faire Partner" gilt auch hier. Eine Kündigung auf den nächstmöglichen Termin ist logisch. Alles andere ist nicht vertretbar.

Werner Michael (FDP): Ich schaue es wegen der Moral unterschiedlich an. Einerseits geht es im vorliegenden Fall um das Mietrecht und andererseits um das Staatsrecht. Ob und wie das Parlament entscheidet, ist ein anderes Thema. Der abgeschlossene Vertrag mit der Business Academy ist mit Sicherheit nicht willkürlich. Ein Vertrag kann jederzeit aufgelöst werden.

Riesen Norbert (SP): Wir dürfen nicht etwas beschliessen, was zu rechtlichen Problemen führen kann. Aus diesem Grund schlage ich die folgende Änderung des Wortlautes vor: "...den Mietvertrag auf den nächst möglichen Termin zu kündigen".

Eines muss noch beachtet werden: Der Eingang dieses politischen Vorstosses hat auch in Zusammenarbeit mit den Medien geholfen, Transparenz zu schaffen. Besten Dank den hier anwesenden Medienvertreterinnen.

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Wenn ich die Änderungen richtig verstanden habe, ist der Punkt b) des Wortlautes ersatzlos zu streichen. Der Punkt a) gilt als Auftrag, d. h. die Vermietung des Tellsaals ist zu überprüfen. Diese Sachlage hat der Gemeinderat bereits im Vorfeld der Beantwortung überprüft. Der Gemeinderat hat zur vorliegenden Motion Stellung bezogen und das Parlament hat nun über die Motion abzustimmen.

Im Zusammenhang mit der Erstellung des Betriebskonzepts müssen die Kriterien für die Vermietung des Tellsaals - wie in Punkt b) beschrieben - trotzdem diskutiert und festgelegt werden.

Riesen Norbert (SP): Die Motion hat die Bedeutung einer Richtlinie im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates. Eine Richtlinie ist eine Stossrichtung seitens des Parlaments. Eine Umsetzung ist zwingend vorzunehmen, ansonsten muss mit einer Beschwerde gerechnet werden.

Wagner Rahel (EVP): Wie sehen die Kündigungsfristen aus? Per wann kann der Business Academy gekündigt werden?

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Der Vertrag läuft bis Mitte Jahr. Die Kündigungsfristen stellen kein grosses Problem dar.

Ratspräsidentin: Ich verlese den neuen Wortlaut der Motion:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, die Vermietung des Tellsaals an die umstrittene Business Academy Corp. zu überprüfen sowie den Mietvertrag auf den nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen."

Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion EVP-Fraktion betreffend Vermietung des Tellsaals an die Business Academy Corp. und Erstellung von Vermietungskriterien wird begründet, im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und zur Weiterbearbeitung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72 Motionen
30.4.61 Restaurant Tell

25. Überparteiliche Motion betreffend Weiterführung des Restaurants TELL; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt,

- 1. die nahtlose Weiterführung des Restaurantbetriebes in der Liegenschaft „Tell“ ab 1. Oktober 2010 zu gewährleisten;*
- 2. die Mitglieder des Grossen Gemeinderates bei Vorliegen seiner Absichten betreffend die Weiterführung bzw. Wiederverpachtung des Restaurants im „Tell“ unverzüglich zu informieren (auch zwischen zwei Parlamentsitzungen);*
- 3. dem Parlament die weitere Nutzung bzw. die Verpachtung des Restaurants Tell an der Sitzung vom 1. Juli 2010 zur Genehmigung zu unterbreiten.*
- 4. Vor der Genehmigung durch das Parlament dürfen betreffend Nutzung keine verbindlichen Vereinbarungen respektive Verträge abgeschlossen werden.*

Begründung

Die Informationen des Gemeindepräsidenten zum Restaurant Tell anlässlich der Parlamentsitzung vom 25. März 2010 waren sehr spärlich. Über das weitere Vorgehen des Gemeinderates war nur so viel zu erfahren, dass der Rat neben einer erneuten Verpachtung des Restaurants weitere Optionen prüfe.

Dem „Bund“ vom 27. März 2010 war zu entnehmen, dass ein Dreierteam aus dem Personal des jetzigen Restaurantbetriebes den „Tell“ übernehmen will. Zudem sind Gerüchte im Umlauf, im „Tell“ solle ein Jugendcafé eingerichtet werden.

Die Angelegenheit „Tell“ ist in Ostermundigen zu einem politischen Thema geworden, zu welchem auch die Weiterführung des Restaurantbetriebes gehört. Das Parlament als Volksvertretung hat ein sehr grosses Interesse an der Frage, wie es weitergehen soll. Zudem stellen sich ganz klar auch planerische Fragen im Blick auf die Ortsentwicklung und das Ortsbild. Deshalb ist der Wahl der weiteren Nutzung des Restaurants ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Zur Option „Jugendcafé“ im Tell drängt sich eine wichtige Frage auf, die das Ortsbild betrifft: „Könnte der Gemeinderat garantieren, dass wir in Ostermundigen keine „Reithalle à la Berne“ erhalten?“

Im Moment der Niederschrift dieser Motion lief zudem eine Baupublikation mit Einsprachefrist bis 23.4.2010 für die Liegenschaft Bernstrasse 43 (ehemals Jalana). Dort ist eine weitere Pizzeria mit Fumoir und „take away“ geplant. Ins Baugesuch integriert ist ein Antrag für eine generelle Überzeitbewilligung samstags bis 02.00 Uhr am Sonntagmorgen.

Solche Ansinnen lassen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Motion aufhorchen und stimmen nachdenklich. Entlang der Bernstrasse gibt es bereits sehr viele Pizza-„take away“ und ähnliche Angebote, die das Ortsbild nicht verschönern, im Gegenteil. Ostermundigen muss aufpassen, dass es entlang der Hauptstrasse nicht zu einer Budenstadt verkommt. Um so mehr ist dem Restaurant „Tell“ Sorge zu tragen, nicht nur in der äusseren Erscheinung, sondern auch

im kulinarischen Angebot. Die griechische Küche des „Tell“ hat inzwischen einen grossen Bekanntheitsgrad erreicht, der sich ständig ausweitet.

Aus all diesen Gründen muss der Grosse Gemeinderat betreffend Weiterführung des Restaurantbetriebes im „Tell“ bzw. anderen Optionen mitreden und entscheiden können.

Rippstein Eduard (CVP): Der Text ist klar. Ich habe keine weiteren Anmerkungen anzubringen.

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Der Gemeinderat ist mit den Motionären in Punkt 1 einig. Die Weiterführung des Restaurantbetriebs ist dem Gemeinderat ein wichtiges Anliegen. Ein offener Tell steht im Interesse der Bevölkerung. Das Anliegen, den Betrieb nahtlos weiter zu führen, ist bei den Entscheiden des Gemeinderates ein wichtiges Kriterium. Aber es kann nicht das einzige Kriterium sein.

Wie bereits an der letzten GGR-Sitzung orientiert, ist es mit dem Pächter des Restaurants Tell zu Differenzen und Unstimmigkeiten gekommen. Das Vertrauensverhältnis ist heute nicht mehr vorhanden. Der Gemeinderat ist nicht mehr bereit, das Vertragsverhältnis weiterzuführen und ein neuer Vertrag abzuschliessen.

Der Gemeinderat weist hier in erster Linie auf die geltenden Zuständigkeiten hin. In der Gemeindeordnung wird in Artikel 64 Absatz 1 Ziffer f) ausdrücklich festgehalten, dass der Gemeinderat namentlich über den Abschluss von Miet- und Pachtverträgen für die Vermietung von gemeindeeigenen Grundstücken und Liegenschaften beschliesst. Die Zuständigkeit für das Abschliessen von Mietverträgen ist also explizit geregelt. Diese Regelung ist auch absolut sinnvoll, weil es einem interessierten Mieter nicht zugemutet werden könnte, dass seine Eignung oder Nicht-Eignung öffentlich in allen Einzelheiten diskutiert würde. Ein interessierter Mieter darf auch nicht zum Spielball von parteipolitischen Überlegungen werden. Die Vertraulichkeit muss gewahrt werden.

Der Gemeinderat ist sich der politischen Bedeutung des Tells und des Restaurants absolut bewusst. Gerade deshalb wird er seine Verantwortung und seine Kompetenzen wahrnehmen. Wie bei jedem andern Geschäft in seiner Zuständigkeit wird er auch hier festlegen, wie kommuniziert wird, und die Öffentlichkeit wie das Parlament im richtigen Zeitpunkt über die gefällten Entscheide informieren.

Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegen zu nehmen. Sollte sie überwiesen werden, wird sich der Gemeinderat nicht an den Motionstext halten. Eine „Richtlinien-Motion“ für einen Einzelfall macht schlicht keinen Sinn. Erst recht nicht, wenn die Bestimmungen der Gemeindeordnung damit krass verletzt würden.

Der Gemeinderat fordert den Grossen Gemeinderat auf, die Motion abzulehnen und die Bestimmungen der Gemeindeordnung zu respektieren.

Rippstein Eduard (CVP): Wir Motionäre können mit dieser Antwort nicht leben. Bereits an der GPK-Sitzung haben wir den Gemeindepräsidenten auf Misstände hingewiesen und aufgefordert, auf seinen Entscheid zurück zu kommen. Er zeigte wenig Interesse.

Wir können nur dann zusammenleben, wenn wir aufeinander zugehen. Wenn Fragesteller dermassen abgeputzt werden, sehe ich in einer weiteren Zusammenarbeit wenig Erfolgspotenzial. Der Gemeinderat kann machen was er will, ob dies jedoch dem Klima förderlich ist, bleibe dahingestellt.

Bruderer Walter (FORUM): Ich bin ebenfalls ein Mitunterzeichner. In Zukunft sind keine langfristigen Verträge mehr abzuschliessen - nur noch auf Zusehen hin. Die Weiterführung des Tellsaals sowie des Restaurantbetriebs wird überprüft und hier im Parlament diskutiert.

Wegmüller Thomas (SVP): Auch ich bin ein Mitunterzeichner der Motion. Das nächste Mal wünsche ich mir mehr Zeit und keine Nötigung von den Erstunterzeichnenden.

Die SVP-Fraktion hat das Thema studiert. Wir können die Punkte 1 und 2 des Wortlautes befürworten. Alle anderen Punkte können wir nicht unterstützen.

Wagner Rahel (EVP): Ich glaube niemand wurde dazu genötigt, die vorliegende Motion zu unterzeichnen. Von einer Nötigung darf nicht gesprochen werden.

Ich bin von der gemeinderätlichen Antwort sehr enttäuscht. Uns liegt ein sehr emotionales Geschäft vor, welches im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. Die Motion ist aus Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat entstanden.

Mahler Rudolf (SP): Nötigung: Mir ist das Gegenteil passiert. Ich war damals in den Ferien und konnte die Motion leider nicht unterzeichnen.

Wegmann Peter (FDP): Nötigung: Ich persönlich habe von dieser Motion nichts gewusst und habe die Motion nicht unterzeichnet.

Von der gemeinderätlichen Antwort bin ich ebenfalls sehr enttäuscht. Der Gemeinderat ist der Auslöser des Pachtvertrages. Er hat den Pächter selektiert und anschliessend den Mietvertrag abgeschlossen. Dieser Sachverhalt löst im Parlament Besorgnis aus.

In Zukunft muss etwas ändern. Kann ein mittelfristiges Vertragsverhältnis erarbeitet werden? Hier steht Handlungsbedarf an. Das Votum von Eduard Rippstein kann ich unterstützen: Miteinander ist besser als Gegeneinander.

Rippstein Eduard (CVP): Mir ist es wichtig, dass die Motion an den Gemeinderat überwiesen wird. Ich bin deshalb bereit, im Wortlaut die Punkte 3 und 4 zu streichen und bitte den Rat, die Punkte 1 und 2 zu überweisen.

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Als Willensäusserung kann der Gemeinderat die Abänderung des Wortlautes entgegennehmen. Ein nahtloser Übergang wird angestrebt, kann jedoch nicht garantiert werden.

Dem Votum von Eduard Rippstein möchte ich anfügen, dass ich damals an der GPK-Sitzung über den Entscheid und den neuen Vertrag umfassender als im Parlament informiert habe. Die Haltung des Gemeinderates habe ich offen gelegt. Ich erwarte umgekehrt vom Parlament, dass die Zuständigkeiten und Kompetenzen respektiert werden. Das ist für mich eine Grundvoraussetzung zur Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Behördenstufen. Es erschwert die Zusammenarbeit, wenn eine Behörde der anderen Behörden in deren Zuständigkeitsbereich dauernd dreinredet. Die gegenseitige Zusammenarbeit muss respektiert werden.

Rippstein Eduard (CVP): Das kann ich so nicht im Raum stehen lassen. Wir haben dem Gemeindepräsidenten eine Bitte ausgesprochen und nicht einen Auftrag erteilt, etwas zu überprüfen.

Ratspräsidentin: Die Diskussion ist abgeschlossen. Im korrigierten Wortlaut werden die Positionen 3 und 4 ersatzlos gestrichen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die überparteiliche Motion betreffend Weiterführung des Restaurants TELL wird begründet, im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.74	Interpellationen
30.4.60	Saalbau Tell
30.4.61	Restaurant Tell

26. Überparteiliche Interpellation betreffend Tellsaal und Restaurant; Beantwortung

Wortlaut

Der Betrieb der gemeindeeigenen Liegenschaft Tell gibt seit jeher immer wieder zu Fragen und Diskussionen Anlass. Die neusten Auslöser waren der vorgesehene Neubau resp. die Miete eines neuen Verwaltungsgebäudes sowie das nicht Verlängern des auf den 30. September 2010 befristeten Pachtvertrages mit der jetzigen Firma Restaurant Tell Ostermundigen AG. In Bearbeitung ist auch ein Saalkonzept für die Gemeinde Ostermundigen, welches aufgrund einer Bedürfnisabklärung bei potentiellen Raumbenützern erstellt werden soll. Den Interpellanten stellen sich folgende Fragen im Hinblick auf die Zukunft sowie die Nutzung des Tellsaals:

1. Tellsaal

- a. *Anlässlich der Konferenz der Vereinsvorstände (KOVE) vom 28. Januar 2010 wurde - wie übrigens bereits in den Jahren zuvor - das Konzept zur Führung des Saalbetriebs stark kritisiert. Die Kritik wurde vom Gemeindepräsidenten zurückgewiesen bzw. als nicht relevant bezeichnet. Wie sieht der Gemeinderat die Situation? Ist er - wie die Interpellanten - ebenfalls der Meinung, die Vereine seien die wichtigsten Partner des Kulturlebens von Ostermundigen?*
- b. *Wenn ja, ist der Gemeinderat bereit, für den Tell umgehend ein neues Konzept auszuarbeiten, das den Vereinen in ihren Wünschen entgegen kommt?*
- c. *Ist der Gemeinderat bereit, das Betriebskonzept so anzupassen, dass die Gemeinde Kosten (insbesondere Lohnkosten) einsparen kann?*

2. Saalkonzept

- a. *Ist vorgesehen, den Tellsaal in das in Bearbeitung stehende Saalkonzept einzubinden?*
- b. *Wenn ja: Ist sicher gestellt, dass keine Grundsatzentscheide vor der Behandlung des Saalkonzeptes im GGR präjudiziert werden?*
- c. *Wenn nein: Was hat der Gemeinderat mit dem Tellsaal vor?*

Wagner Rahel (EVP): Diese Interpellation ist aus der Besorgnis heraus entstanden, dass die Vermietung des Tellsaals sowie die Führung des Saalbetriebs in keiner Weise den Bedürfnissen der Mieter entsprechen. Dies wurde anlässlich der letzten Konferenz der Vereinsvorstände vom 28. Januar dieses Jahres klar kommuniziert. Die Unzufriedenheit der Mieter gärt jedoch schon seit einigen Jahren, was dem Gemeinderat bekannt sein dürfte. Leider wurde nie etwas unternommen, um die Missstände zu beheben. Nachdem die Arbeiten für ein neues Verwaltungszentrum vorangetrieben wurden und auch ein neuer Gemeindesaal vorgesehen war, rückte eine Änderung des Betriebskonzeptes im Tell sowieso in weite Ferne.

Nun ist aber absehbar, dass es noch einige Jahre dauern wird, bis ein neues Verwaltungsgebäude steht. Deshalb sind die Fragen in unserer Interpellation dringend. Die Ansichten des

Gemeinderates werden auch aufschlussreich sein im Hinblick auf das in Bearbeitung stehende Saalkonzept.

Wir sind gespannt auf die Antworten des Gemeinderates und danken für eine offene Information.

Zahler Christian: Ich beginne mit den Fragen zum Saalkonzept:

- a. Der Zukunft des Tellsaals wird im Saalkonzept eine sehr zentrale Bedeutung zukommen. Mit dem Saalkonzept werden sämtliche Raumbedürfnisse der Gemeinde analysiert und das Konzept betrifft sämtliche Räume, die von der Gemeinde vermietet werden. Der Tellsaal gehört mit Sicherheit dazu.
- b. Vor der Behandlung des Saalkonzepts im GGR werden bezüglich Tellsaal keine Grundsatzentscheide gefällt. Bezüglich Restaurant stehen Veränderungen an, die in nächster Zeit Entscheide verlangen.
- c. Die Zukunft des Tellsaals wird wie gesagt mit dem Saalkonzept festgelegt.

Weiter zu den Fragen betreffend Tellsaal:

- a. Der Gemeinderat schätzt das Engagement der Vereine sehr, weil sie den Erwachsenen und insbesondere auch den Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung ermöglichen. Das bedeutet für den Gemeinderat allerdings nicht, dass er bezüglich Saal sämtliche Wünsche einzelner Vereine ohne weiteres erfüllen will. Der Gemeinderat schätzt das Engagement von sämtlichen Vereinen, unabhängig davon, in welcher Sparte sie sich einsetzen. Es gibt zahlreiche Vereine, die für ihre Tätigkeit nicht auf einen Saal in der Grösse des Tellsaals angewiesen sind. Die Gemeinde ihrerseits unterstützt die Vereine auf vielfältige Art und Weise, nicht nur, indem sie einen Saal zur Verfügung stellt. Sowohl für die Vereinsaktivitäten wie für das Engagement der Gemeinde im Interesse der Vereine stellt das Saalangebot ein Mosaikstein dar. Es handelt sich dabei um einen wichtigen Mosaikstein, aber bei weitem nicht um den einzigen und auch nicht um einen unverrückbaren. Die Diskussion über die Zukunft des Tellsaals soll sachlich und ohne vorgefasste Meinungen geführt werden.
- b. Bei den Fragen zum Saalkonzept hat der Gemeinderat festgehalten, dass der Tellsaal Bestandteil des Saalkonzepts ist und dass keine Grundsatzentscheide gefällt werden, bevor das Saalkonzept im GGR behandelt wird. Deshalb ist der Gemeinderat nicht bereit, jetzt umgehend für den Tellsaal ein neues Konzept auszuarbeiten.

Bezüglich Restaurant ist festzuhalten, dass eine langfristige Vermietung nur möglich ist, wenn das Gebäude langfristig erhalten werden soll. Die Erhaltung des Gebäudes würde wiederum grössere Investitionen auslösen. Solche Entscheide müssen auf der Basis des Saalkonzepts gefällt werden. Eine langfristige Vermietung des Restaurants ohne Saalkonzept ist somit nicht möglich.

- c. Das Saalkonzept wird auch ein Betriebskonzept beinhalten. Das Betriebskonzept soll weder um eine bestehende Stelle herum konzipiert werden, noch sollen in erster Linie Kosten gespart werden. Das Saalkonzept muss aufzeigen, welche Saalbedürfnisse befriedigt und welche Saalnutzungen ermöglicht werden sollen, und auf dieser Basis muss ein zweckmässiges Betriebskonzept erarbeitet werden.

Wagner Rahel (EVP): Ich bin mit der gemeinderätlichen Antwort nicht zufrieden.

10.3.74 Interpellationen
40.12.31 Papier- / Kartonsammlung

27. Interpellation W. Bruderer (FORUM) betreffend künftige Abfuhr von Altpapier/-Karton; Beantwortung

Wortlaut

Die Schliessung der Kartonfabrik Deisswil wird sich vermutlich auch auf Ostermündiger Einwohner sowie auf die Anlieferung von Abfallpapier/-Karton sowie auf anderweitige Aspekte auswirken. Die Transportwege könnten länger werden und dadurch die Personal- und Transportkosten massiv erhöhen. Die bisherigen Erträge aus der Ablieferung des Abfallgutes sind vielleicht in Frage gestellt.

Fragen

- 1. Wie viele Personen, die in Ostermundigen wohnen, sind von der Schliessung der Kartonfabrik direkt betroffen? Erhalten sie von der Gemeinde Hilfe beim Suchen eines neuen Arbeitsplatzes?*
- 2. Wo werden Ostermundigen, die Worblental- sowie andere Gemeinden künftig ihre eingesammelten Abfall-Papiere und -Kartons entsorgen?*
- 3. Könnten die Abfuhrkosten analog heute tief gehalten werden, sofern das eingesammelte Gut nach wie vor in Deisswil (neu im bisherigen RBS-Güterbahnhof der Kartonfabrik) zu SBB-Güterwagen (mit/ohne Container-Einsatz) geführt und ggf. dort umgeladen würde?*
- 4. Wird die wöchentliche Abfuhr von Altpapier-/Karton trotz vermutlich höherer Kosten weiterhin gratis erfolgen?*
- 5. Wird sich die Gemeinde Ostermundigen dafür einsetzen, dass die Möglichkeit, Autos und Motorräder nahe beim Bahnhof Deisswil zu parkieren, stark erhöht wird (z. B. durch die Schaffung zusätzlicher P+R-Parkplätze auf dem Fabrikareal)?*
- 6. Welche neuen Fabrik-Nutzungsmöglichkeiten, die im Interesse Ostermundigens liegen oder unbedingt abzuwehren sind, sieht der Gemeinderat?*

Gemeinderätin Unteregger Schütz Regula (SP): Ich möchte die Beantwortung der Fragen vornehmen:

1. Es wohnen 52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kartonfabrik Deisswil in Ostermundigen. Wie dem Verwaltungsbericht zu entnehmen ist, waren Ende 2009 beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) Gümligen 338 ALV-bezugsberechtigte Personen aus Ostermundigen angemeldet. Die Ostermündiger Anlaufstelle für Erwerbslose und das RAV Gümligen bieten allen Erwerbslosen der Gemeinde die gleiche Unterstützung an.
2. Die Gemeinde Ostermundigen hat mit der Kartonfabrik grundsätzlich einen Vertrag für die Lieferung und Abnahme von Altpapier, welcher noch bis zum 31. Dezember 2011 Gültigkeit hat. Gemäss Schreiben der Karton Deisswil vom 12. April 2010 wird diese Verpflichtung bis auf Weiteres wahrgenommen. Sobald in Bezug auf eine definitive Schliessung seitens der Karton Deisswil entsprechende Beschlüsse gefasst sind, wird mit der Ab-

teilung Tiefbau Kontakt aufgenommen. Dabei soll das weitere Vorgehen, insbesondere die Kündigung oder das Übertragen auf einen anderen Abnehmer, besprochen werden.

Wo das Papier und Karton künftig entsorgt wird, steht somit noch nicht fest. Die Papierfabrik Utzenstorf und mehrere „Papierhändler“ haben bereits mitgeteilt, dass sie bereit wären, den Vertrag mit der Karton Deisswil zu übernehmen.

3. Was mit dem heutigen Areal der Karton Deisswil passiert, ist noch offen. Wie und wohin das Altpapier künftig gebracht werden muss, wird somit anlässlich der Vertragsverhandlungen mit einem allfälligen neuen Abnehmer zu klären sein. Die Einzelverträge mit den Gemeinden wurden bisher aufgrund des Rahmenvertrags des Schweizerischen Städteverbandes mit den Papierfabriken Perlen und Utzenstorf (bis anhin auch Karton Deisswil) abgeschlossen. Der Vergütungspreis wird dabei aufgeteilt in eine Entschädigung für das Papier und für den Transport. Bei einem weiteren Anlieferweg könnte die Gemeinde aufgrund bereits geführter Gespräche auch mit einer höheren Transportentschädigung rechnen.
4. Die Einführung einer Gebühr für die Abfuhr von Altpapier und -karton ist nicht vorgesehen. Ob für die Gemeinde höhere Kosten entstehen, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschliessend beantwortet werden.
5. Der Zonenplan der Gemeinde Stettlen sieht vor, zusätzliche Parkplätze in Bahnhofnähe, bei der Mühle vis-à-vis der Kartonfabrik, anzubieten. Aus Sicht des Gemeinderats ist damit dem Anliegen ausreichend Rechnung getragen.
6. Zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Interpellation ist der Entscheid betreffend Schliessung der Kartonfabrik noch nicht definitiv bestätigt worden. Es ist deshalb auch nicht bekannt, welche Strategie die Eigentümerin mit dem Areal und den Gebäuden verfolgt. Grundsätzlich hat Ostermundigen ein Interesse daran, dass möglichst rasch wieder Arbeitsplätze angeboten werden. Der Gemeinderat sieht keinen Grund, sich jetzt schon gegen eine bestimmte Nutzung zur Wehr zu setzen.

Ostermundigen wird eine aktive Rolle spielen können, wenn auf Gemeindegebiet von Ostermundigen zusätzliches Bauland ausgeschieden werden sollte. Die vorhandene Zone mit Planungspflicht Nr. 13 „Industrie Schwandi“ ist ausdrücklich für Nutzungen der Papier- und Kartonindustrie bestimmt. Für eine Überbauung mit anderer Nutzung muss somit das Baureglement abgeändert werden; d. h. das Parlament kommt zum Zuge und kann auf diesem Weg entscheiden, welche Nutzungsarten zugelassen werden und welche nicht.

Bruderer Walter (FORUM): Ich bin mit der gemeinderätlichen Beantwortung zufrieden.

10.11.00 Allgemeines
30.4.10 Verwaltungszentrum

28. Verwaltungszentrum; Stand des Geschäftes - Orientierung des Gemeinderates

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Das Parlament hat im September 2009 das Geschäft behandelt und mehrere Aufträge an den Gemeinderat überwiesen. In der Zwischenzeit wurde unter der Federführung der Abteilung Hochbau eine Standortevaluation (inkl. Kriterien der Nachhaltigkeit) durchgeführt. Das Ergebnis dient als Grundlage für die Durchführung eines Investorenwettbewerbs. Investoren und Architekten können der Gemeinde Kauf- und Mietprojekte unterbreiten und die Gemeinde kann anschliessend die Standortwahl vornehmen. Die Ausschreibungsunterlagen wurden vorbereitet und der Wettbewerb ist startbereit.

In der Zwischenzeit wurde bekannt, dass im Bürogebäude „Poststrasse 6“ Büroräumlichkeiten frei werden. Die freiwerdenden Räumlichkeiten würden flächenmässig für die Gemeinde Ostermundigen ausreichen. Diese Möglichkeit wird durch den Gemeinderat vor der Ausschreibung des Wettbewerbs geprüft.

Im Moment stehen zwei Themen im Vordergrund:

1. Es wird geprüft, ob die Liegenschaft Poststrasse 6 sich im Grundriss für die Gemeindeverwaltung eignet und
2. kann bezüglich Miete mit der Eigentümerschaft eine Einigung erzielt werden.

Der Gemeinderat wird den GGR zu gegebener Zeit wieder orientieren.

Ratspräsidentin: Wir sind am Ende der heutigen „Monsterdebatte“ angelangt. Ich möchte diese mit einem Zitat beenden:

"Am Abend wird man Klug für den vergangenen Tag. Doch niemals Klug genug für den, der kommen mag."

² Friedrich Rückert (1788 - 1866)

² **Friedrich Rückert** (* [16. Mai 1788](#) in [Schweinfurt](#); † [31. Januar 1866](#) in [Neuses](#) (heute Teil von [Coburg](#)); Pseudonym **Freimund Raimar**, **Reimar** oder **Reimer**) war ein [deutscher Dichter](#), [Übersetzer](#) und einer der Begründer der deutschen [Orientalistik](#). Er ist Namensgeber des [Friedrich-Rückert-Preises](#).